

# Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 86 | 10. Juli 2015

## Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung ist da Langjährige politische Forderung der Gruppe wird Realität

Liebe Leserinnen und Leser,

in den zurückliegenden Monaten des Jahres 2015 jährte sich das Ende des historischen deutschen Ostens zum 70. Male. Die Mitglieder der Erlebnisgeneration unter Ihnen, die den erzwungenen Aufbruch in Eis und Schnee und den Verlust der Heimat miterleben mussten, haben sicherlich auf jeweils persönliche Weise an diese Zeit gedacht. Stellvertretend für die früheren deutschen Ostgebiete bin ich am 24./25. April 2015 in das nördliche Ostpreußen gereist. Auf der außerhalb der Seestadt Pillau gelegenen Kriegsgräberstätte "Nordmole" habe ich im Namen der Fraktion einen Kranz im Gedenken an die Opfer des Krieges und den Verlust der Heimat im Osten niedergelegt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der auch diesen Friedhof betreut, leistet international großartige und unterstützenswerte Arbeit, indem er die Erinnerung an die Kriegstoten, die zugleich zum Frieden in der Welt mahnen, auf eindringliche Weise pflegt.

Die Rückschau auf die Zeit von vor 70 Jahren öffnet zugleich den Blick in Gegenwart und Zukunft. Bei Besuchen in den historischen deutschen Siedlungsgebieten des Ostens kommt den Besuchern aus Deutschland – auch wenn sie im Bereich der Politik tätig sind – immer wieder eine große Welle des Interesses an der gemeinsamen Geschichte entgegen. Bei meinen jüngsten Aufenthalten in Ungarn und der Slowakei bzw. im nördlichen Ostpreußen konnte ich dies erneut eindrucksvoll erleben und bin mir sicher, dass es bei einem bevorstehenden Besuch in Schlesien und Oberschlesien im Sommer auf polnischer Seite nicht anders sein wird. Auf Grundlage einer gemeinsamen Geschichte wird nach Verbindendem gesucht und die Möglichkeiten für weitere Kontakte und Kooperationen werden ausgelotet.

Auch vor diesem Hintergrund ist es ein wichtiger Schritt, dass wir die Gedenkkultur des Bundes in diesem Jahr mit dem ersten bundesweiten "Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" erweitert haben. Indem sie dieses Anliegen seit vielen Jahren kraftvoll vorangetrieben hat,

hat die Gruppe einen maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des Gedenktages. Dadurch, dass wir auch der deutschen Opfer der großen Tragödie von vor 70 Jahren würdig und in öffentlichem Rahmen gedenken, schließen wir eine wichtige Lücke in der Erinnerungskultur unseres Landes. Nur eine bewusste Missinterpretation kann damit den Vorwurf verbinden, vom Schicksal und Leid derer abzulenken, die unter der von Deutschland zwischen 1933 und 1945 ausgehenden Gewaltherrschaft zu leiden hatten. Bundespräsident Joachim Gauck, der am 20. Juni 2015 im Deutschen Historischen Museum in Berlin die Festansprache hielt, hat Recht, wenn er betont: "Wer die Gefühle des Anderen abwehrt, wehrt auch die eigenen Gefühle ab. Offenheit für das Leid des Anderen hingegen führt zu Verständnis und Nähe." Den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten finden Sie im weiteren Verlauf dieser Ausgabe.

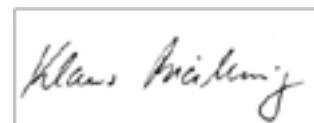


Foto: Privat

**Klaus Brähmig**  
Vorsitzender der Gruppe  
der Vertriebenen, Aus-  
siedler und deutschen  
Minderheiten

In den kommenden Wochen und Monaten wird es uns ein wichtiges Anliegen sein, auf politischem Wege mit dazu beizutragen, dass das überlieferte Kulturerbe des historischen deutschen Ostens gesichert bleibt und in demografiefester und damit zukunftsfähiger Weise gestaltet wird. Es muss auf jeden Fall verhindert werden, dass aufgrund mangelnder Sensibilität in der Gegenwart nationales Kulturgut, das nur unter größten Anstrengungen und Entbehrungen aus dem historischen deutschen Osten gerettet werden konnte, in der nahen Zukunft verloren geht, weil dazu möglicherweise die Perspektiven fehlen. Was die Heimatsammlungen und Heimatstuben betrifft, ist es sicherlich von großer Bedeutung, gerade bei den entsprechenden Kommunen dafür zu werben, ihre Rolle als Partner auch künftig wahrzunehmen, um diesen Teil ihrer örtlichen Geschichte auch künftig zu pflegen.

Mit freundlichen Grüßen



## Inhalt

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung erwirbt erstes Großprojekt	2
Sudetendeutsche Landsmannschaft setzt Reformkurs fort	3
Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung veröffentlicht repräsentative Allensbach-Studie	5
Bundespräsident Gauck setzt Maßstäbe für das öffentliche Gedenken an Flucht und Vertreibung	6
Redebeiträge des Gedenktages am 20. Juni 2015 in Berlin	6
Ausstellungsmacher erläutern Konzept für das Museum Friedland	17
Naturschutz und Geschichte des Segelflugs auf der Kurischen Nehrung im Fokus	19
Präsident Bernd Fabritius berichtet über Arbeit des Bundes der Vertriebenen	19
Gespräch mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder	21
Regierungskordinator Dietmar Woidke besucht die Gruppe	21
Deutsche Minderheit aus Polen berichtet von ihrer Arbeit	23
Gespräch mit Peter Barton vom Sudetendeutschen Haus in Prag	27
Königsberger Stadtplanungen in Berlin vorgestellt	28
Delegationsreise Ungarn, Slowakei und Polen	29
Delgationsreise Ostpreußen	31

## Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB

Klaus Brähmig MdB  
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Alexander Vollmert  
Sekretariat: Ines Roehm  
T 030-227-55364  
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

# Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung erwirbt erstes Großobjekt Übergabe eines historischen Kapellenwagens durch das Zentrum gegen Vertreibungen wichtiges Signal



Foto: Privat

Klaus Brähmig

Am 26. Februar 2015 hat die Vorsitzende der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, Erika Steinbach, einen historischen „Kapellenwagen“

der Ostpriesterhilfe offiziell an die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung übergeben. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Die Übergabe eines historischen ‚Kapellenwagens‘ der Ostpriesterhilfe an die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung durch die Vorsitzende der Stiftung ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘, Erika Steinbach, ist ein sehr gutes und wichtiges Zeichen für die Akzeptanz der Stiftung in den Reihen der Heimatvertriebenen. Die im Beisein des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius,

erfolgte Übereignung ist zugleich manifester Ausdruck für den Versöhnungsgedanken, der der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zugrunde liegt.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bekennt sich ausdrücklich zur heute gültigen Konzeption der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und der in ihr enthaltenen Schwerpunktsetzung. Die Vertreibung der Deutschen ist und bleibt der Schwerpunkt der geplanten Dauerausstellung in Berlin, und wir stehen zu der Beschlussfassung des Stiftungsrats, der dieser Schwerpunktsetzung zugrunde liegt. Die Übernahme eines für die Integration der Heimatvertriebenen zentralen historischen Originalobjekts – in Form der letzten erhaltenen ‚fahrenden Kirche‘ – muss für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung weiterer Auftrag sein, die Dauerausstellung und das Dokumentationszentrum zügig umzusetzen. Denn möglichst viele Vertreter der Erlebnisgeneration der Vertriebenen sollten die Gelegenheit bekommen, diese für die bundesdeutsche Gedenkkultur bedeutende Institution in Berlin zu besuchen.“



Erika Steinbach MdB übergibt in Anwesenheit von BdV-Präsident Bernd Fabritius MdB der Ausstellungskuratorin Andrea Moll Schlüssel und Kennzeichen des Kapellenwagens

© stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Foto: Thomas Grabka

## Sudetendeutsche Landsmannschaft setzt Reformkurs fort Zentrales Ziel ist grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Tschechien



Foto: Privat

Klaus Brähmig

Auf ihrer diesjährigen Bundesversammlung am 28. Februar 2015 in München hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit zukunftsweisenden Beschlüs-

sen ihren seit Jahren verfolgten Reformkurs fortgesetzt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Die Bundesversammlung der Sudetendeutschen hat mit den Beschlüssen zur Fortführung ihres seit Jahren

verfolgten Reformkurses eine grundlegende und richtige Entscheidung für ihre zukünftige Arbeit getroffen. Die Betonung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der Tschechischen Republik wird zum zentralen Ziel sudetendeutscher Arbeit erklärt. Dies zeigt, dass die Sudetendeutsche Landsmannschaft auch zukünftig ein zentraler Akteur für die Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien bleiben wird.

Die Änderung der Satzung und der dementsprechende Verzicht auf Paragraphen, die von einer ‚Wiedergewinnung der Heimat‘ und einer ‚Restitution oder gleichwertigen Entschädigung‘ sprachen, belegen den guten Willen der Sudetendeutschen, den

Wunsch nach einer Fortsetzung der deutsch-tschechischen Verständigung tatkräftig zu unterstützen. Die Betonung der Menschen- und Grundrechte und der Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta in allen ihren Teilen für alle EU-Mitgliedstaaten sind wichtige Eckpunkte für die künftige Arbeit der Landsmannschaft. Dazu gehört ebenfalls die Forderung nach weltweiter Ächtung von Verstößen gegen diese Rechte sowie deren Heilung auf der Grundlage eines gerechten Ausgleichs.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßt die jüngsten Entscheidungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und steht auch künftig als politischer Partner fest an der Seite der Sudetendeutschen.“

## Aussiedler sind wichtige Zielgruppe

### CDU Deutschlands gründet Netzwerk Aussiedler



Foto: Privat

Mitglieder des Netzwerks Aussiedler

Netzwerk Aussiedler der CDU Deutschlands zum ersten Mal zusammengekommen. Vorsitzender des Gremiums ist der Abgeordnete Heinrich Zertik, der erste Vertreter der Deutschen aus Russland im Deutschen Bundestag. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Netzwerkes Aussiedler wurden Albina Nazarenus-Vetter, Stadt-

verordnete in Frankfurt am Main, und Nikolaus Haufler, ehemaliges Mit-

glied der Hamburger Bürgerschaft, gewählt.

Mitglieder des Netzwerkes sind Aussiedlerbeauftragte der CDU-Kreis- und Landesverbände, der CDU-geführten Landesregierungen und der CDU-Landtagsfraktionen sowie weitere Multiplikatoren, die sich mit Fragen der Aussiedlerpolitik beschäftigen. Das Gremium soll Positionen der Partei auf dem Feld der Aussiedlerpolitik weiterentwickeln und somit ein klares aussiedlerpolitisches Profil schaffen. Ein weiteres Thema der konstituierenden Sitzung war die Gründung von Netzwerken zur Aussiedlerpolitik auf Landesebene. Mit der Gründung des Netzwerkes Aussiedler unterstreicht die CDU die Bedeutung der Aussiedler als wichtige Bevölkerungsgruppe und wird ihre Interessen auch weiterhin vertreten.

Unter der Leitung von Generalsekretär Dr. Peter Tauber ist in Berlin das

## Brünn setzt wichtiges Zeichen der Versöhnung gegenüber Deutschland

### Deklaration des Stadtrats der zweitgrößten tschechischen Stadt weist Weg in die Zukunft

Der Stadtrat der tschechischen Stadt Brünn (Brno) hat sich in einer viel beachteten Erklärung von der Vertreibung der deutschen Bevölkerung der Stadt Ende Mai 1945 distanziert. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Vertreibung der deutschen Bevölkerung setzt der Stadtrat von Brünn (Brno) ein wegweisendes Zeichen der Versöhnung gegenüber den früheren Bewohnern der Stadt. Durch eine entsprechende Deklaration und durch die symbolische

Würdigung des ‚Brünner Todesmarsches‘ von 1945 in Form eines ‚Marsches der Lebenden‘ in umgekehrter Richtung leistet die Stadt Brünn einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Dies ist zugleich eine wichtige Botschaft für die gemeinsame Zukunft beider Völker. Die Annäherung an ein in der tschechischen Gesellschaft über lange Zeit tabuisiertes Thema mittels einer differenzierten Geschichtsbetrachtung verdient unseren großen Respekt.

In Verurteilung sämtlicher zwischen 1939 und 1945 begangener Verbrechen verfolgt die Brünner Erklärung die Ehrung aller Opfer und distanziert sich vom Prinzip der Kollektivschuld.

Im Hinblick auf die Vertreibung der deutschen Bevölkerung Brünns werden die damit verbundenen menschlichen Tragödien und die Kultur- und Sozialverluste ausdrücklich anerkannt. Die große öffentliche Resonanz auf das jüngste Geschehen in Brünn unterstreicht die Bedeutung dieser Positionierung des Stadtrats der zweitgrößten tschechischen Stadt. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßt die Entscheidungen der Stadtvertretung von Brünn, die geeignet sind, den Weg der deutsch-tschechischen Aussöhnung und Zusammenarbeit zu unterstützen. Sie wird diesen Weg auch künftig konstruktiv mit begleiten.“

## Gedenktag an Flucht und Vertreibung findet große Zustimmung

### Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung veröffentlicht repräsentative Allensbach-Studie

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung veröffentlichte am 16. Juni 2015 eine repräsentative Studie zu Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die vom Institut für Demoskopie Allensbach in Deutschland, Polen und Tschechien durchgeführt wurde. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Die Entscheidung der Bundesregierung, den Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen am 20. Juni zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung zu erklären, findet in Deutschland die Zustimmung von 53 Prozent der Bevölkerung. An diesem Tag soll neben den weltweiten Opfern

von Flucht und Vertreibung auch den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen gedacht werden, die in Folge des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verloren. Vor diesem Hintergrund liegt die Zustimmung zum bundesweiten Gedenktag unter den deutschen Heimatvertriebenen mit 73 Prozent noch höher. Die Resonanz unterstreicht die große Bedeutung, das Schicksal von 14 Millionen Deutschen 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs endlich auch durch ein öffentlich sichtbares Gedenken zu würdigen.

Die Allensbach-Studie liefert zugleich interessante Erkenntnisse über unsere Beziehungen zu Polen und Tschechien. Vor allem die positiven Erfah-

rungen der Bürger im persönlichen Kontakt zeigen, dass es in den vergangenen zehn Jahren zu einer guten Verständigung gekommen ist. Dies gilt vor allem für die polnische Bevölkerung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten und ihre früheren deutschen Bewohner. Die Ergebnisse der Studie machen deutlich, wie wichtig und richtig es ist, auf dem Fundament der gemeinsamen Geschichte tragfähige Brücken in die Zukunft zu bauen. Die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge der Erlebnis- und Bekennnisgeneration tragen an dieser positiven Entwicklung einen großen Anteil.

Auch die Errichtung eines Ausstellungs- und Dokumentationszentrums

zu Flucht und Vertreibung findet große Zustimmung in der deutschen Bevölkerung und mit 79 Prozent besonders starken Zuspruch in den Reihen der Heimatvertriebenen. Bemerkenswert ist die in den vergangenen Jahren gestiegene Akzeptanz in Polen und Tschechien. 39 Prozent der Polen und 42 Prozent der Tschechen finden

das nun von der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung geplante Zentrum in Berlin eine gute Idee. Im Jahre 2006 bewerteten nur 32 Prozent der Polen und 16 Prozent der Tschechen eine derartige Einrichtung als positiv.

Die gezeigten Ergebnisse der Allensbach-Studie belegen, dass es wichtig ist, den Themenkreisen Flucht und Vertreibung, der Geschichte des historischen deutschen Ostens und der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn auch in Zukunft volle Aufmerksamkeit zu widmen.“

# Bundespräsident Gauck setzt Maßstäbe für das öffentliche Gedenken an Flucht und Vertreibung

## Staatsoberhaupt würdigt das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge



Foto: Privat

Klaus Brähmig

Der seit 2001 bestehende „Weltflüchtlingstag“ der Vereinten Nationen am 20. Juni wird auf Beschluss der Bundesregierung seit diesem Jahr als „Gedenktag

für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ begangen. In seiner Festansprache hat Bundespräsident Joachim Gauck in besonderer Weise das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge gewürdigt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Mit seiner Festrede zum erstmals begangenen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung setzt Bundespräsident Joachim Gauck Maßstäbe für das öffentliche Gedenken an

das Schicksal der am Ende des Zweiten Weltkriegs von Flucht und Vertreibung betroffenen Deutschen. Zugleich spannte das Staatsoberhaupt den Bogen zu den Flüchtlingsströmen der Gegenwart und äußerte den Wunsch, dass die ‚Erinnerung an die geflüchteten Menschen von damals (...) unser Verständnis für geflüchtete und vertriebene Menschen von heute vertiefen‘ und zugleich ‚die Auseinandersetzung mit den Entwurzelten von heute (...) unsere Empathie mit den Entwurzelten von damals fördern‘ könne.

In einem historischen Abriss der gesellschaftlichen Debatte um das Thema Flucht und Vertreibung skizzierte der Bundespräsident den in den vergangenen 70 Jahren zurückgelegten Weg und betonte in besonderer Weise den Wert der heute nach Jahrzehnten erlebten ‚Wiedergewinnung der uns möglichen Empathie‘ für das Schicksal der aus dem historischen deutschen Osten Vertriebenen. Zugleich dankte er den europäischen Nachbarn für ihre in der jüngeren Vergangen-

heit gezeigten Gesten der Verständigung. Mit Blick auf das zentrale Gedenkvorhaben der Bundesregierung, die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, betonte der Bundespräsident, mit ihr gehe die Flucht und Vertreibung der Deutschen in das Geschichtsbewusstsein der ganzen Nation ein und werde in einen Kontext eingeordnet, der neue Verständigung mit den Nachbarn ermögliche.

Die Umsetzung dieses von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag seit langem geforderten und kraftvoll unterstützten bundesweiten Gedenktages ist eine wichtige symbolische Geste unseres Staates gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen sowie den Flüchtlingen der Gegenwart. Das öffentliche Gedenken an Flucht und Vertreibung vor 70 Jahren sollte zum Anlass genommen werden, die Beschäftigung mit dem historischen deutschen Osten auch künftig mit großem Nachdruck fortzusetzen und das darin enthaltene große Potential einer weiteren Verständigung mit unseren Nachbarn zu nutzen.“

# Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

## Rede des Bundesministers des Innern, Thomas de Maizière

Quelle: Henning Schacht



Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Bundespräsident Joachim Gauck während der Gedenkstunde am 20. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,  
sehr geehrter Kollege Steinmeier,  
liebe Kollegen aus dem Bundestag,  
sehr geehrter Herr Fabritius,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
Exzellenzen,

wir begehen heute – 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges – zum ersten Mal in Deutschland den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung.

Warum erst jetzt? Es gab sicher viele Gründe.

Wir alle erinnern uns an die mitunter erbitterten Debatten, in denen es um Grenzen ging, um den Vorwurf des Revisionismus, das große Thema Schuld und auch das zu Beginn sehr fragile Verhältnis zu unseren osteuropäischen Nachbarn, besonders zu Polen.

Dass Flucht und Vertreibung der Deutschen auch die Folge des zuvor von Deutschen über Europa gebrachten Unrechts waren, machte für manche den Umgang mit dem Leid der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen schwierig.

In der DDR wurde offiziell sogar überhaupt nicht mehr von "Flüchtlingen und Vertriebenen" gesprochen. Beschönigend nannte man sie "Umsiedler". Es dauerte 30 Jahre, bis Christa

Wolf mit dieser Vorgabe brach: In ihrem Roman "Kindheitsmuster" (1976) sprach sie erstmalig nicht mehr von "Umsiedlung", sondern von "Flucht".

Im Zuge der politischen Instrumentalisierung von Flucht und Vertreibung rückte die Frage nach dem Leiden der einzelnen Opfer zunehmend in den Hintergrund.

Siegfried Lenz wehrte sich 1978 mit seinem Roman "Heimatumuseum" auch gegen diese Form von Verdrängung. Lenz' Romanheld Zygmunt Rogalla, der auf der Flucht Frau und Sohn verloren hat, erinnert sich an seine gefährliche Flucht über die Ostsee:

"Taucher könnten unseren Fluchtweg rekonstruieren; auf dem Grund des Haffs und der Ostsee, von Fischen bewohnt, von Seepocken beschlagen und besiegt von Rost, liegen noch heute die unzähligen Zeugen unseres verzweifelten Zuges nach Westen, kolossale Findlinge der Not, Wegzeichen selbstverschuldeten Unglücks, die erbarmungslose Antwort der Gewalt, die wir selbst gesät hatten; ach wie oft bin ich hinabgestiegen in die Lichtlosigkeit, in dieses Schweigen, hinab zur unterseeischen Todesspur, um mir die unfassbare Sinnlosigkeit der Opfer zu bestätigen."

Diese Worte, die vergangenes Leid beschreiben, erinnern uns – auch wenn das Thema Schuld nicht vergleichbar ist – heute auf fast schon unheimliche Weise an das Leid der Menschen, die im Mittelmeer den Tod finden.

Der heutige Gedenktag ist Ausdruck der Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen, die die Last der Verantwortung Deutschlands für die grauenhaften Verbrechen des nationalsozia-

listischen Deutschlands in besonderer Weise zu tragen hatten. Und er erinnert uns zugleich daran, dass heute weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind, die Hälfte von ihnen Kinder.

Wenngleich die Situation der heutigen Flüchtlinge grundsätzlich anders ist als die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945, so liegen mitunter die Schicksale und das persönliche Erleben mancher Betroffener möglicherweise gar nicht so weit auseinander: Die Entwurzelung des Einzelnen, die elementare Angst um das eigene Leben und das Leben der Kinder, die sexuelle Gewalt, der Hunger, der Verlust von Angehörigen und der Heimat und allem, was man sich dort erarbeitet hatte sowie auch die Schwierigkeiten des Neubeginns – das sind, bei allen gebotenen Differenzierungen, gemeinsame Erfahrungen.

Ich bin froh und dankbar, dass heute mit Frau Abubaker-Ali und Frau Dr. Kiesewetter-Giese zwei Frauen zu uns sprechen werden, die Flucht und Vertreibung selbst erlitten haben – zu sehr unterschiedlichen Zeiten, in sehr unterschiedlichen Umständen.

---

### *Gedenktag ist Ausdruck der Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen*

---

Für mich ist der heutige Gedenktag auch ein Zeichen dafür, dass wir als Land und Gesellschaft erwachsen geworden sind, auch im Umgang mit dem Thema Heimatvertriebene.

Die Beziehungen auch zu unseren östlichen Nachbarn sind vertrauensvoll, freundschaftlich und verlässlich. So ist es doch wirklich ein Grund zur Freude, dass unsere Veranstaltung

heute durch das deutsch-polnische Jugendorchester eröffnet wurde.

Wir sind in den letzten 70 Jahren einen langen Weg gegangen. Und das bringt mich wieder zu Siegfried Lenz, der mit seinem "Heimatkundemuseum" eine ganz bestimmte Erkenntnis fördern wollte: "Die Erkenntnis, dass Weltkunde erst aus Heimatkunde entsteht und die Welt erst erklärbar ist über die Erkenntnis des eigenen Seins."

Das gilt auch umgekehrt und in ganz besonderer Weise für den Umgang mit Flucht und Vertreibung. Wir stehen gemeinsam vor großen Herausforderungen. UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres sprach erst vorgestern von einem Paradigmenwechsel. Er sagte: "Wir geraten in eine Epoche, in der das Ausmaß der globa-

len Flucht und Vertreibung sowie die zu deren Bewältigung notwendigen Reaktionen alles davor Gewesene in den Schatten stellen."

Deutschland und auch die Werte- und Solidargemeinschaft Europa sind jetzt gefordert. Wir arbeiten hart daran, neue Wege zu finden, aber einfache Lösungen wird es nicht geben. Erfolge werden nicht schnell sichtbar sein. Und wir müssen auch – bei allem was wir tun – die Aufnahmefähigkeit unserer Bevölkerung erhalten.

Wenn wir heute, an diesem 20 Juni, eine Lektion aus dem Umgang mit dem Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen gelernt haben sollten, dann ist es doch die, dass es sich absolut verbietet, das Schicksal der Opfer von Flucht und Vertreibung – in welcher Weise auch immer und immer auf dem Rücken der Vertriebe-

nen – politisch zu instrumentalisieren.

In diesem Sinne wollen wir heute gemeinsam der Opfer von Flucht und Vertreibung gedenken. Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, dass Sie, Herr Bundespräsident, die Ansprache an diesem ersten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung halten werden. Ich weiß, dass Ihnen das Thema dieses Tages ein ganz besonderes Anliegen ist.

Das Schlusswort wird der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herr Dr. Fabritius, halten. Die Schaffung dieses Gedenktages ist seit vielen Jahren ein Anliegen des Bundes der Vertriebenen gewesen. Mit Erfolg.

Machen wir aus diesem Gedenktag eine schöne und würdige Tradition.

## Ansprache von Bundespräsident Joachim Gauck



Bundespräsident Joachim Gauck

Über Entwurzelte wollen wir heute sprechen.

Über Flüchtlinge und Vertriebene, zwangsweise Emigrierte.

Über Heimatlose einst und Heimatlose heute und morgen.

Über Menschen, die nicht mehr dort sind und auch noch nicht ganz hier.

Über Menschen, die etwas vermissen und gleichzeitig froh sind, nicht dort leben zu müssen, wohin das Heimweh ihre Gedanken lenkt.

Über Entwurzelte wollen wir heute sprechen.

Über Menschen – gleichgültig ob schwarz oder weiß, ob jung oder alt, ob Mann oder Frau, ob Christ, Jude oder Muslim – über Menschen, die alle tief in der Seele dieselbe schmerzliche Erfahrung machten, die der Schriftsteller Jean Améry, Flüchtling vor Nazi-Deutschland und Überlebender von Bergen-Belsen, in die einfache, für die einen tröstliche, für die anderen bedrückende Formel fasste: "Man muss Heimat haben, um sie nicht nötig zu haben."

Zum ersten Mal gedenkt Deutschland an einem offiziellen bundesweiten Gedenktag jener Millionen von Deutschen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges zwangsweise ihre Heimat ver-

loren. Zum ersten Mal beehrt Deutschland damit auch regierungsmäßig den internationalen Weltflüchtlingstag, wie er vor fünfzehn Jahren von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde. Auf eine ganz existenzielle Weise gehören sie nämlich zusammen – die Schicksale von damals und die Schicksale von heute, die Trauer und die Erwartungen von damals und die Ängste und die Zukunftshoffnungen von heute.

Ich wünschte, die Erinnerung an die geflüchteten und vertriebenen Menschen von damals könnte unser Verständnis für geflüchtete und vertriebene Menschen von heute vertiefen. Und umgekehrt: Die Auseinandersetzung mit den Entwurzelten von heute könnte unsere Empathie mit den Entwurzelten von damals fördern.

Ausgegrenzt, verfolgt, vertrieben wurden Menschen seit Urzeiten. Aus der Geschichte kennen wir Konflikte zwischen Sesshaften und Nomaden, zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Und im Nationalstaat des 19. und 20. Jahrhunderts erschienen

Minderheiten als potenziell illoyal, als Fremdkörper, die es zu assimilieren oder auszutauschen, zu vertreiben oder gar zu vernichten galt. Zeitweise sah die Politik im Bevölkerungsaustausch sogar ein probates Mittel der Konfliktlösung.

---

## 12 bis 14 Millionen Deutsche verloren durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat

---

Der sogenannte "Bevölkerungstransfer" von Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Böhmen, Mähren, aus der Batschka und vielen anderen Gegenden in Mittel- und Südosteuropa erschien auch den alliierten Regierungschefs Churchill, Truman und Stalin als adäquate Antwort auf den Tod und Terror, mit dem Nazi-Deutschland den Kontinent überzogen hatte. Als die Potsdamer Beschlüsse im August 1945 die rechtliche Basis dafür schufen, waren allerdings längst Fakten geschaffen: Millionen Deutsche waren bereits aus dem deutschen Osten, aus Polen, der Tschechoslowakei, aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien geflüchtet und vertrieben. Und was "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" erfolgen sollte, hatte sich in der Realität als Alptraum erwiesen.

Erst flohen sie vor dem Krieg. Bei eisiger Kälte quälten sich Trecks mit Frauen, Kindern und Alten über verstopfte Landstraßen und brüchiges Eis, beschossen von Tieffliegern und überannt von der Front. Völlig überladene Flüchtlingschiffe versanken nach Torpedo- und Bombentreffern in der Ostsee. Ungezählte Frauen wurden vergewaltigt.

Dann wurden viele von denen, die zurückblieben in der alten Heimat, Opfer von Hass und Vergeltung: entrechtet, enteignet, verhaftet, misshandelt,

auf Todesmärsche geschickt, ermordet, interniert, herangezogen zur Zwangsarbeit, erst scheinbar "wild", dann vermeintlich "geordnet" vertrieben, als "lebende Reparation" verschleppt in Arbeitslager in der Sowjetunion. Die letzten kehrten erst zwischen 1948 und 1955 zurück.

Sofern das Gewissen der Menschheit jemals wieder empfindlich werden sollte", erklärte der britisch-jüdische Verleger Sir Victor Gollancz 1947, "wird diese Vertreibung als die unsterbliche Schande aller derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlasst oder die sich damit abgefunden haben. Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß an Brutalität."

Insgesamt verloren 12 bis 14 Millionen Deutsche am Ende des Zweiten Weltkrieges durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat. Hunderttausende Menschen kamen durch Kriegshandlungen, Krankheiten, Hunger, Vergewaltigungen, auch durch Entkräftung und Zwangsarbeit in der Nachkriegszeit um. Das Schicksal von weiteren Hunderttausenden ist bis heute ungeklärt. Die Bevölkerung in jenen Gebieten, die später Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik heißen sollten, wuchs um nahezu 20 Prozent.

Das sollten wir uns gerade heute wieder bewusst machen: Flucht und Vertreibung verändern nicht nur das Leben der Aufgenommenen, sondern auch das Leben der Aufnehmenden, nicht nur das der "neuen", sondern auch das der "alten" Bewohner eines Landes oder Landstriches.

Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen war in unserer Gesellschaft fast immer schwierig und fast immer emotional. Denn unsere Haltung zum Leid der Deutschen war und blieb verknüpft mit unserer Haltung gegenüber der Schuld der Deutschen. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis wir – wieder – an das Leid der Deutschen erinnern konnten, weil

wir die Schuld der Deutschen nicht länger ausblendeten.

Der Weg dahin war lang und keineswegs geradlinig.

In der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR wurde die Gründung von eigenständigen Flüchtlingsorganisationen von Anfang an untersagt. Erinnerungen der sogenannten Umsiedler an die alte Heimat waren lange Zeit unerwünscht. Vertreibung galt als legitime Reaktion auf nationalsozialistische Besatzungs- und Vernichtungspolitik. Kritik an den Vergewaltigungen der Roten Armee und den Vertreibungen durch Tschechen und Polen wurde unterdrückt. Bereits 1950 verzichtete die Staatspartei SED auf die deutschen Ostgebiete, indem sie die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Staatsgrenze anerkannte, was sogar innerhalb der Partei Verstörung auslöste – und erst recht unter vielen Vertriebenen in der DDR.

Weder Verzicht noch Tabuisierung, noch ideologische Umdeutung konnten allerdings Trauer und Trauma vertreiben. "Man lässt den Auszug aus der Heimat nicht unbeweint", schrieb Christa Wolf 1976 in ihrem Roman "Kindheitsmuster". Mit 15 Jahren war sie vor der Front geflohen, aus dem ostbrandenburgischen Landsberg, das heute Gorzów Wielkopolski heißt.

---

## Der Weg dahin war lang und keineswegs geradlinig.

---

Im Westen Deutschlands wurden die Vertreibungen zunächst politisch benutzt, um das Vordringen der Sowjetunion, die Untaten der Roten Armee und das Unrecht der sogenannten "Vertreiberstaaten" anzuklagen. Zwar hatten die Vertriebenenverbände früh auf die Anwendung von Gewalt verzichtet, und der von den Alliierten befürchtete Revanchismus blieb aus. Doch für Christ- wie für Sozialdemokraten galt: "Dreigeteilt – niemals".



Noch 1963 verkündete Willy Brandt auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier: "Verzicht ist Verrat".

Deutsche – beileibe nicht nur die Vertriebenen – verstanden sich damals vor allem als Opfer.

Ein Perspektivwechsel breiterer Kreise setzte erst Mitte der 1960er Jahre ein – wesentlich vorangetrieben durch die Ostdenkschrift der evangelischen Kirche und den Brief der polnischen katholischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder, der unter der programmatischen Überschrift stand: "Wir vergeben und bitten um Vergebung." Mit dem Warschauer Vertrag 1970 wurde die neue polnische Westgrenze de facto von der Bundesregierung und – mit knapper Mehrheit – auch vom Parlament anerkannt. Die damaligen Debatten in der deutschen Gesellschaft waren

schmerzlich, aber sie waren notwendig, um neue Wege zu finden.

Viele von Ihnen, die Sie heute hier versammelt sind, dürften sich noch an die große Enttäuschung, ja Bitterkeit erinnern, mit denen nicht wenige Vertriebene dem faktischen Verzicht auf die Ostgebiete begegneten. Im Herzen fiel es immer noch schwer, die Realitäten zu akzeptieren, auch weil die Landsmannschaften ebenso wie Parteipolitiker über lange Jahre Ansprüche verteidigt und Illusionen geschürt hatten. Doch "niemand kann heute mehr hoffen, dass die verlorenen Gebiete je wieder deutsch sein werden", schrieb Marion Gräfin Dönhoff. "Wer anders denkt, der müsste schon davon träumen, sie mit Gewalt zurückzuerobern." Die Vertriebenenverbände, die auf Konfrontationskurs zur neuen Ostpolitik der Regierung Brandt gingen, erschienen vielen fort-

an als Störenfriede einer außenpolitischen Neuorientierung.

Seit den 1970er Jahren lernten die Deutschen zunehmend, ihr Leid einzuordnen in den historischen Kontext. Was ihnen angetan worden war, wurde nun vor dem Hintergrund dessen gesehen, was Deutsche – zuvor – Anderen angetan hatten. So empfinde ich auch das Musikstück des deutsch-polnischen Jugendorchesters Frankfurt/Oder, das wir zu Beginn dieser Feierstunde gehört haben. Vertreter der jungen Generation sagen uns hier mit der Sprache der Musik: "Ja, wir wissen, von wem dieses Unrecht ausging." Es war doch das nationalsozia-



Gedenkstunde im "Schlüterhof" des Deutschen Historischen Museums, Berlin

listische Deutschland, das Tod und Verderben über Europa gebracht hat, das Vertreibung, Gewalt, Besatzungsterror und Vernichtung zur Alltagserfahrung für viele Völker Europas werden ließ. Und das einen "Generalplan Ost" entwickelte, nach dem ganze Völker als vermeintlich minderwertig von der Landkarte getilgt und zum Teil ermordet werden sollten.

So wie in den Jahren zuvor die Betonung des Leids der Deutschen zugehört hatte, Deutsche zu entschuldigen, so verdrängte nun allerdings das Bewusstsein von der Schuld der Deutschen jede Empathie für die deutschen Opfer. Heimatverlust wurde weitgehend akzeptiert als vermeintlich zwangsläufige Strafe für die Verbrechen von Deutschen. So dachten auch viele Bewohner der DDR, und so hatte es die dort diktatorisch regieren-

de SED als Deutungsmuster durchzusetzen versucht.

Heute vermag ich nicht ohne eine gewisse Scham daran zu denken. Denn in den 1950er Jahren war ich, wie die meisten Ostdeutschen, durch die westdeutschen Medien informiert über die Schicksale von Vertriebenen. Und an den langen Sonnabendnachmittagen meiner Jugend hatte ich die vielen Rundfunkwunschkonzerte vom nordwestdeutschen Rundfunk gehört, hatte Dutzende Male das Ostpreußenlied vernommen und selbst die Sehnsucht nach dem "Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen" gespürt. Umso unverständlicher, warum ich, warum wir Einheimischen später so bereitwillig verdrängten, dass andere, die Vertriebenen, so unendlich mehr bezahlt hatten für den gewaltsamen, grausamen Krieg als wir. Warum wir, die wir unsere Heimat behalten hatten, aufzurechnen begannen und eigene Bombardierungen und Tote anführten, um uns gegen

die Trauer der Anderen zu immunisieren. Mit politischen Thesen blockierten wir die uns mögliche Empathie.

Heute weiß ich: Wer die Gefühle des Anderen abwehrt, wehrt auch die eigenen Gefühle ab. Offenheit für das Leid des Anderen hingegen führt zu Verständnis und Nähe. Daran sollten wir auch heute denken, wenn in unserem Ort, in unserem Stadtteil oder in unserer Nachbarschaft Fremde einquartiert werden, die des Schutzes bedürfen. Verständnis für das Leid des Anderen ist eine Grundvoraussetzung mitmenschlichen Zusammenlebens.

Doch Verständnis für das Leid des Anderen hatten in Deutschland zeitweise nicht einmal die Söhne und Töchter der Geflüchteten und Vertriebenen. Viele von ihnen wollten nichts hören vom verlorenen Zuhause der

Eltern und von ihren Fluchtgeschichten. Es war ihnen peinlich, wenn auf Geburtstagen bei fortgeschrittener Stunde alte Heimatlieder angestimmt wurden und den Verwandten die Tränen in die Augen traten. Heimatliebe war diskreditiert durch die nationalsozialistische Propaganda, durch die romantisch-verklärenden Heimatfilme der 1950er Jahre und nicht zuletzt durch die Rhetorik mancher Vertriebenenfunktionäre. Mitleid mit Vertriebenen galt nicht selten als Relativierung historischer Schuld, als Geschichtsrevisionismus, als eine Umdeutung von Tätern zu Opfern.

---

## *Die Gründung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung 2008 war ein wichtiges Zeichen*

---

Glücklicherweise hat unsere Gesellschaft ihre zeitweilige Abwehrhaltung seit Anfang der 1990er Jahre Schritt für Schritt aufgegeben. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag und der Grenzvertrag zwischen der Republik Polen und dem wiedervereinigten Deutschland schreiben die völkerrechtliche Verbindlichkeit der Oder-Neiße-Grenze endgültig fest.

Zudem ist Europa wieder zusammengewachsen. Man kann wieder frei in Gegenden reisen, die über vier Jahrzehnte hinter dem Eisernen Vorhang verschwunden waren. Hunderttausende Vertriebene und ihre Kinder haben seit den 1990er Jahren vor Nicht-Mehr-Elternhäusern gestanden, vor Nicht-Mehr-Protestantischen-Kirchen, vor Nicht-Mehr-Deutschen-Schulgebäuden und auf parkähnlichem oder verwildertem Gelände, wo sie oft vergeblich nach den Gräbern der Verwandten suchten. Und als Deutschland in eben jenen Jahren auch noch mehrere Hunderttausend Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien aufnahm, fragten sich viele beschämt: Mit welcher Begründung

können wir den eigenen Müttern und Großmüttern jene Empathie verweigern, die wir den vergewaltigten Frauen in Bosnien zu Recht entgegenbringen? Die Erfahrung aktuellen Unrechts hat dazu beigetragen, dem weit Zurückliegenden mit neuer Empathie zu begegnen.

Wer die Heimat zwangsweise verlassen muss, spürt häufig eine lebenslange Wunde, die nur oberflächlich verheilt und immer wieder aufbricht. Und so haben wir respektieren gelernt, was die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann folgendermaßen formulierte: "Es gibt so etwas wie ein Menschenrecht auf die eigene Erinnerung, das man mit Zensur und Tabuisierung schwerlich aus der Welt schaffen kann."

Günter Grass reichten nicht einmal die 800 Seiten der "Blechtrommel", um sich das verlorene Danzig von der Seele zu schreiben. 43 Jahre später, Grass war inzwischen 75 Jahre alt, musste er im "Krebstanz" den Untergang der Heimat noch ein weiteres Mal inszenieren. Ähnlich hatte sich auch Siegfried Lenz mit den Erzählungen über Suleyken noch nicht von seiner Heimat gelöst. Gut 20 Jahre später erweckte er Masuren ein weiteres Mal zum Leben, und konnte sich dann nur gewaltsam davon trennen: Er ließ das "Heimatmuseum" in Flammen aufgehen mit allen Exponaten, die nach der Flucht geblieben waren.

Heute gibt es auch viele Nachgeborene, Söhne und Töchter, die, inzwischen selbst ins Alter gekommen, dieselbe Frage wieder zulassen, wie sie einst Christa Wolf stellte: "Wie sind wir so geworden, wie wir heute sind?" Und so erleben wir Jahrzehnte nach den Ereignissen etwas Wunderbares: die Wiedergewinnung der uns möglichen Empathie. Endlich ein tieferes Verständnis der Nachgeborenen für das Trauma ihrer vertriebenen Mütter und Väter, endlich ein tieferes Verständnis von Einheimischen für ihre Nachbarn und Freunde, die einst als Flüchtlinge und Vertriebene gekommen sind. Und endlich eine umfassende Erinnerung an Krieg und Nachkrieg, in der Platz ist für Trauer, Schuld und Scham.

Die Gründung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Jahre 2008 ist für mich ein wichtiges Zeichen dieser Entwicklung: Flucht und Vertreibung der Deutschen gehen ein in das Geschichtsbewusstsein der ganzen Nation, eingeordnet in einen Kontext, der uns nicht mehr von unseren Nachbarn trennt, den Kriegsgegnern von einst, sondern eine neue Verständigung ermöglicht.

Jahrzehntelang gehörte die Vertreibung der Deutschen in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu den ideologisierten und politisch instrumentalisierten Themen: Vertreibung galt als gerechte Strafe für deutsche Verbrechen und Westdeutschland als Hort von Revanchismus und Revisionismus. Mit diesen Thesen vermochten kommunistische Regierungen sogar Menschen an sich zu binden, die ihnen im Übrigen tief misstrauten.

---

## *Dank an die Nachbarländer für ihre souveränen Gesten und für ihr neues Vertrauen*

---

Erst nach 1989, als Archive zugänglich wurden, ideologische Barrieren fielen, Menschen sich ungehindert austauschen konnten und die Angst vor Grenzrevisionen und Rückgabeforderungen wich, da konnten auch Polen, Ungarn und andere mitteleuropäische Völker einen selbstkritischen Blick auf ihre eigene Geschichte werfen. Sogenannte ethnische "Säuberungen" sind heute überall – zumindest in Europa – als Mittel der Politik diskreditiert, Vertreibungen in der Vergangenheit werden zunehmend als Unrecht anerkannt. Dafür gibt es eindrucksvolle Zeugnisse, zum Beispiel diese:

- Der Slowakische Nationalrat bat die Karpatendeutschen bereits Anfang 1991 um Verzeihung für ihre Evakuierung und Vertreibung.

- Władysław Bartoszewski, der unermüdliche Brückenbauer zwischen Polen und Deutschland, erklärte 1995 im Deutschen Bundestag: "Das uns angetane Böse, auch das größte, ist [...] keine Rechtfertigung [...] für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben."

- In Ungarn legte das Parlament 2012 den 19. Januar als Nationalen Gedenktag für die Vertreibung der Ungarndeutschen und Donauschwaben fest, nachdem man dort schon im März 1990 die Vertreibungen verurteilt und sich bei den Opfern und ihren Nachkommen entschuldigt hatte.

- Das rumänische Parlament verurteilte die Deportation von arbeitsfähigen Rumänien-Deutschen in die Sowjetunion als politische Verfolgung und stimmte jüngst Entschädigungszahlungen auch an Deutsche zu, die nicht mehr im Lande leben.

- In Tschechien bat die Stadt Brunn anlässlich des 70. Jahrestages des sogenannten Brünner Todesmarsches

die Opfer der Vertreibung offiziell um Vergebung. "Es tut nicht mehr so weh, wenn wir Fehler zugeben", erklärte die junge tschechische Autorin Kateřina Tučková, "im Gegenteil, wir empfinden dies als notwendig und reinigend."

Solange Europa geteilt war, erschien kaum möglich, was wir heute immer häufiger erleben: Das Belastende zwischen unseren Völkern wird nicht mehr ausgeklammert, Leid nicht mehr gegeneinander aufgerechnet. Wenn Menschen sich ihre Geschichten erzählen, wird Heimatverlust erlebbar als eine gemeinsame existenzielle Erfahrung, als tiefes inneres Mitfühlen mit dem Anderen, ungeachtet seiner nationalen oder religiösen Zugehörigkeit. Und deutsche Ver-

gangenheit ist mehr und mehr ein Teil der Geschichte auch Polens, Tschechiens, der Slowakei, Lettlands und Ungarns geworden – und im Bewusstsein von Polen, Tschechen und Ungarn nicht selten lebendiger als im Bewusstsein von Deutschen.

Ich möchte diesen Tag nutzen, um unseren Nachbarländern für ihre souveränen Gesten und für ihr neues Vertrauen meinen tief empfundenen Dank auszusprechen.

Unbehagen gegenüber den Fremden gab es zu allen Zeiten. Wir erleben es heute, wir erlebten es nach 1945, obwohl es sich bei den Flüchtlingen um Landsleute handelte, die in derselben Kultur verankert und Teil derselben

niemand wollte sein Haus mit den "Fremden" teilen, bei Bewerbungen um freie Arbeitsstellen wurden Einheimische bevorzugt, die kulturellen Unterschiede weckten nur selten Neugier und Interesse. Noch jahrelang feierten Einheimische ihre eigenen Feste und Gottesdienste und rümpften die Nase über fremde Dialekte und fremde Gerüche.

Es dauerte lange, bis Deutschland ein mit sich selbst ausgesöhntes Land wurde. Ein Land, in dem die einen Heimat behalten und die anderen Heimat neu gewinnen konnten. Ein Land, in dem sich die einen nicht fremd und die anderen nicht ausgegrenzt fühlten.

Die Erfahrung gelungener Integration von Flüchtlingen blieb kein Einzelfall. Westdeutschland hat im Laufe der Jahrzehnte fast vier Millionen Flüchtlinge aus der DDR aufgenommen. Es hat zehntausenden Geflüchteten aus den kommunistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas eine neues Zuhause geboten, Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten, Militärdiktaturen und zerfallenden Staaten,

ob sie Griechenland oder Türkei hießen, Iran oder Jugoslawien. Deutschland hat also viel Erfahrung mit Flüchtlingen und Vertriebenen, eine positive Erfahrung, auf die wir im öffentlichen Diskurs viel zu selten zurückgreifen. Dabei täte uns Rückversicherung gut, wenn wir uns heute mit neuen Herausforderungen konfrontiert sehen.

Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren so viele Menschen entwurzelt wie augenblicklich: Gerade haben die Vereinten Nationen neue, erschreckende Flüchtlingszahlen bekanntgegeben. Ende 2014 waren es weltweit 59,5 Millionen Menschen, 8 Millionen mehr als nur ein Jahr zuvor. Nie zuvor wurden so viele Flüchtlinge gezählt. Die allermeisten



Bundespräsident Joachim Gauck mit Edith Kiesewetter-Giese, einer Vertriebenen aus dem Sudetenland, bei der ersten bundesweiten Gedenkveranstaltung für die Opfer von Flucht und Vertreibung

nationalen Geschichte waren. Fremd – das lernen wir daraus – ist jeweils derjenige, der neu in eine schon bestehende Gruppe hineinkommt und als Eindringling empfunden wird. Gründe für Distanz oder Ablehnung finden sich immer.

Die Flüchtlinge und Vertriebenen nach Kriegsende wurden häufig diskriminiert und beschimpft als Polacken, Zigeuner, Rucksackdeutsche oder Habenichtse, wurden gebrandmarkt als rückständig und hatten sich angeblich dem Nazi-Reich besonders angedient. So fand die mangelnde Solidarität noch eine zynische Begründung.

Nicht nur die Beschimpfungen aus den Schilderungen jener Jahre kommen mir seltsam vertraut vor: Fast

sind Vertriebene im eigenen Land: rund 40 Prozent der Bevölkerung in Syrien, Hunderttausende im Irak, im Südsudan, im Kongo und in Nigeria. Die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre – besonders bedrückend! Selbst Europa erlebt einen massiven Anstieg von Binnenflüchtlingen. In der Ukraine stieg ihre Zahl auf fast 650.000.

Viele Flüchtlinge bleiben in der Nähe der Heimat, weil sie auf eine schnelle Rückkehr hoffen. Ich habe einige von ihnen getroffen: syrische Familien in einem Lager in der Türkei. Aber immer mehr Menschen nehmen immer längere, gefährlichere und kostspielige Fluchtwege in Kauf, um einen Neuanfang zu wagen: Viele streben nach Europa, dem Ort ihrer Sehnsucht, dem Kontinent der Freiheit und des Wohlstands, der ihnen und ihren Familien ermöglichen soll, ein besseres Leben ohne Gewalt, Angst und Hunger zu führen. Ich habe einige von ihnen getroffen: junge Menschen aus Westafrika in einem Lager in Malta.

---

## *Erinnerung an die geflüchteten Menschen von damals*

---

Sie sind wochen-, monate- und manchmal jahrelang unterwegs und wehrlos Plünderern, Erpressern und Schleusern ausgeliefert. Sie werden ausgebeutet, ausgeraubt, gefoltert, sexuell missbraucht. Und sie riskieren ihr Leben, wenn sie sich auf überladenen Lastwagen durch die Sahara und auf schrottreifen Frachtschiffen und untauglichen Schlauch- und Holzbooten auf das Mittelmeer wagen. Viele werden durch die Flucht erst recht traumatisiert.

Die Flüchtlinge von heute sind nicht allein politische Nachfahren der Verfolgten während der nationalsozialistischen Diktatur, nicht allein Nachfahren der Vertriebenen bei Kriegs-

de. Sie sind auch Wahlverwandte jener verfolgten und verarmten Menschen in den Dörfern und Städten des 19. Jahrhunderts, an die Edgar Reitz in seinem Film "Die andere Heimat" eindringlich erinnerte. Wir haben es fast vergessen: Auch Deutschland war einmal ein Land voller verzweifelter, hoffender Auswanderer. Fast 5,5 Millionen Deutsche trieb es zwischen 1812 und 1912 trotz lebensgefährlicher Überfahrten über den Atlantik zu einem ungewissen Neuanfang in Amerika. Sie flohen vor der Not, und sie flohen vor politischer Repression und religiöser Intoleranz – so wie die Flüchtlinge und viele Migranten heute.

Wir stehen vor einer großen Herausforderung, einer Herausforderung von neuer Art und neuer Dimension. In den letzten fünf Jahren sind mindestens fünfzehn neue Konflikte entflammt oder wieder ausgebrochen – in Afrika, im Nahen Osten und auch in Europa. Die staatlichen Strukturen ganzer Regionen drohen zu zerfallen. Je länger Bürgerkriege, islamistischer Terror, bewaffnete Konflikte zwischen Regierungen und Rebellen oder Separatisten dauern, je mehr sich Anarchie, Armut, Korruption und Perspektivlosigkeit breit machen, desto mehr Menschen werden ihre Familie, ihre Freunde, ihre Heimat verlassen. Die Flüchtlingszahlen dürften – auch mittelfristig – weiter steigen.

Angesichts dieser dramatischen Entwicklung haben wir unseren Blick zu weiten. Flüchtlingspolitik ist längst mehr als Innenpolitik. Flüchtlingspolitik reicht längst hinein in unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Beginnen wir mit dem, was selbstverständlich sein sollte: Es ist meines Erachtens eine moralische Pflicht aller Staaten Europas, Flüchtlinge vor dem Tod im Mittelmeer zu retten. Wir würden unsere Selbstachtung verlieren, wenn wir Menschen, die vor den Toren unseres Kontinents auf dem Wasser treiben, sich selbst überließe.

Es sollte meines Erachtens auch eine selbstverständliche moralische

Pflicht aller Staaten Europas bleiben, Menschen eine sichere Zuflucht zu gewähren, die – wie es das Grundgesetz in Artikel 16a und die Bestimmungen des Genfer Flüchtlingsgesetzes festhalten – aus politischen, ethnischen, religiösen und rassistischen Gründen verfolgt werden. Einen derartigen Schutz halte ich nicht für verhandelbar und solange für verpflichtend, bis diese Menschen gefahrlos in ihre Heimat zurückkehren oder auch in Deutschland oder anderswo an einem anderen sicheren Ort bleiben können.

---

## *Unser Verständnis für geflüchtete und vertriebene Menschen von heute*

---

Deutschland hat gelernt im Umgang mit Asylbewerbern: Heute reagieren wir ganz anders auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen als noch vor zwanzig Jahren. Es freut mich, wie viel Anteilnahme zahlreiche Bürger unseres Landes für Bürgerkriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte aufbringen, wie viele Patenschaften übernehmen, Sprachkenntnisse vermitteln, Asylbewerber bei Behördengängen begleiten, ein Zimmer zur Verfügung stellen. Der Blick auf das Leiden der Anderen – er hat sich in unserem Land geschärft.

In der Diskussion über den Umgang mit Flüchtlingen ist noch viel zu klären. Zunächst gilt es, sich über die Fakten zu verständigen. Fast die Hälfte der Asylbewerber kommt zurzeit noch aus dem Westbalkan, dessen Länder zum Teil vom Gesetzgeber trotz mancher Bedenken als sichere Herkunftsstaaten eingestuft wurden. Die Anerkennungsquote von Flüchtlingen aus diesem Raum liegt bei 0,1 bis 0,2 Prozent. Die andere Hälfte der

Asylbewerber in Deutschland aber stammt aus Ländern, in denen Krieg, Terror oder eine Diktatur herrschen – augenblicklich kommen sie vor allem aus Syrien, Eritrea und dem Irak. Die Anerkennungsquoten liegen zwischen 70 und mehr als 90 Prozent.

Es sind neben vielen Muslimen auch Christen und Jesiden darunter. Menschen, die aus ihren Dörfern vertrieben, zu Bekehrungen und Schutzgeldzahlungen gezwungen wurden. Deren Kinder auf der Flucht verdursteten und verhungerten, und deren Frauen als Beute verkauft wurden. Es sind unbegleitete Minderjährige darunter, Kinder und Jugendliche, die Angehörige in bewaffneten Konflikten oder auf der Flucht verloren haben. Sie alle suchten ein freies und ein sicheres Land. Ein Land, in dem sie ihren Glauben ausüben können, nicht missbraucht und nicht gewaltsam unterdrückt werden. Ein Land, in dem sie ihr Leben in Freiheit selbst bestimmen können.

Wir wissen, dass weder Deutschland noch Europa allen, die dies wünschen, eine Zuflucht und eine Zukunft bieten können. Flüchtlingspolitik muss daher über die Europäische Union hinaus reichen. Wir haben stärker als bisher unmittelbare Nachbarstaaten von Krisengebieten zu unterstützen. Wir haben uns stärker als bisher um eine Stabilisierung der Länder Nordafrikas und besonders auch des Westbalkan zu kümmern. Schließlich muss uns weiterhin an einer gezielteren Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort gelegen sein – allerdings im Wissen darum, dass alles, was wir tun, kaum Erfolge zeitigen wird, solange Regierungen den Aufbau einer friedlichen, sicheren und lebenswerten Zukunft für ihre Völker nicht stärker in die eigene Hand nehmen.

Betrachten wir also vor allem unsere Möglichkeiten in Deutschland und in Europa, hier, wo wir Einfluss haben und unmittelbar Verantwortung tragen. Wir haben die Seenotrettung im Mittelmeer zwar wieder verstärkt, aber viele andere Fragen immer noch nicht geklärt: Wie bekämpfen wir Banden krimineller Schlepper? Wie sehen neue, sichere Formen der Aner-

kennung von Flüchtlingen aus? Wie werden die Flüchtlinge in Europa gerechter verteilt, wie wird in allen Mitgliedstaaten ein Asylsystem mit ähnlichen Standards aufgebaut? Wie gehen wir menschlich mit abgelehnten Asylbewerbern um?

Kurzum: Wie stellen wir sicher, dass wir, bedingt durch die Dimension des Problems, mehr tun? Und zwar mehr von allem: mehr aufnehmen und mehr helfen, zugleich aber besser steuern, schneller entscheiden, und ja, auch konsequenter abweisen – da-



Aufnahme von Flüchtlingen in Polen aus dem Jahr 1951

mit wir aufnahmefähig für diejenigen bleiben, zu deren unbedingtem Schutz wir uns verpflichtet haben und die unserer Hilfe stärker als andere bedürfen.

In jüngster Zeit ist nämlich erneut die Frage zu hören: Wie viele Flüchtlinge kann unsere Gesellschaft überhaupt verkraften? Eine Nation lebt vom Zusammengehörigkeitsgefühl, vom Vertrauen, der Kooperation und vom Mitgefühl unter ihren Bürgern. Flüchtlinge und andere Zuwanderer erhöhen einerseits die soziale und kulturelle Vielfalt und vergrößern die Innovationskraft der Gesellschaft. Andererseits wissen wir aus jüngsten Untersuchungen, dass gegenseitige Rücksichtnahme und die Bereitschaft zur Solidarität innerhalb einer Gesellschaft auch zurückgehen können,

wenn etwa die Zahl der Flüchtlinge und Zuwanderer in Ballungsräumen zu schnell und zu stark steigt oder die kulturelle Distanz allzu groß erscheint.

Zugleich dürfen wir aber die Möglichkeiten von Flüchtlingen und die Chancen für unsere Gesellschaft nicht verkennen. Erinnern wir uns daran, welch großen Anteil Flüchtlinge und Vertriebene am erfolgreichen Wiederaufbau Deutschlands hatten. Eben diesen Geist, der den Neuanfang sucht und die Zukunft gestalten will, erkenne ich auch bei vielen Flüchtlingen von heute.

Über Entwurzelte wollten wir heute sprechen.

Über Flüchtlinge und Vertriebene, zwangsweise Emigrierte.

Und wir sehen: Wir geraten mitten hinein in ein großes Thema der Weltpolitik und zugleich mitten hinein in ein großes politisches und moralisches Dilemma.

In der Abwägung zwischen Idealen der Humanität und Realpolitik kann es keine ideale Lösung geben. Die gibt es fast nie. In der Politik können wir uns nur entscheiden zwischen guten und weniger guten Lösungen, manchmal sogar nur zwischen schlechten und weniger schlechten Lösungen.

Vor 70 Jahren hat ein armes und zerstörtes Deutschland Millionen Flüchtlinge zu integrieren vermocht. Denken wir heute nicht zu klein von uns. Haben wir Vertrauen in die Kräfte, über die dieses Land verfügt. Wir brauchen immer auch ein Selbstbild, das uns trägt. Und wir werden uns selbst auf Dauer nur akzeptieren können, wenn wir heute alles tun, was uns möglich ist. Warum sollte ein wirtschaftlich erfolgreiches und politisch stabiles Deutschland nicht fähig sein, in gegenwärtigen Herausforderungen die Chancen von morgen zu erkennen?

## Rede der sudetendeutschen Zeitzeugin Edith Kiewetter-Giese



Quelle: Privat

Edith Kiewetter-Giese

„Fast jeden Tag werden wir mit dem Schicksal von Flüchtlingen konfrontiert. Sinkende Schiffe im Mittelmeer und anderswo berühren mich und bringen mich zum Nachdenken. Frau Abubaker Ali, die vor mir sprach, kommt aus Nordafrika und stellte ihre Probleme dar. Ich kann die Angst und ihre Hoffnung gut verstehen.

Auch ich hatte 10-jährig im Jahre 1945 Angst, erschlagen oder erschossen zu werden, als man Säuglinge aus dem Kinderwagen riss, in die Luft warf und wie Tontauben abschoss. Auch ich hatte Lagererfahrungen, zum Beispiel in Pirna, wo man in den Toiletten knöcheltief im Urin watete. Hier mussten sich die Flüchtlinge bei einer Beschwerde sagen lassen, die Elbe ist breit genug und Pirna hat genug Bäume, um euer Problem zu lösen. In die Geschichte wird dieses Lager als „Pirnaer Nacht“ eingehen.

Aber auch ich hatte Hoffnung, lebend davon zu kommen. Erfahrenes Unrecht kann man vielleicht verzeihen, aber nie vergessen.

Bei den Flüchtlingen und Vertriebenen von 1945/46 und heute gibt es Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede.

Gemeinsam ist unter anderem: der Verlust des sozialen Umfeldes und von Familienangehörigen. Meine Eltern, eine Schwester und ich kamen in die Sowjetische Besatzungszone, eine Schwester und ein Bruder sowie die

gesamte Verwandtschaft in die Bundesrepublik Deutschland. Uns trennten die Grenze, zwei unterschiedliche Gesellschaftsordnungen und die Probleme des Kalten Krieges.

Die Traditionen und Werte der Eltern bzw. der Vorfahren einerseits stießen sowohl bei uns, als auch bei den heutigen Flüchtlingen andererseits auf die Realität in Deutschland. Andere Traditionen werden oft als Bedrohung empfunden.

Einen Unterschied mache ich bei den Ursachen der Vertriebenen- und Flüchtlingsbewegung. Wir waren Opfer der ethnischen Säuberung, mit Waffengewalt vertrieben, enteignet und entrechtet. Wir hatten kein Recht auf Rückkehr. Die Flüchtlingsströme heute haben unterschiedliche Ursachen (Krieg, politische Verfolgung, Arbeitssuche und andere).

---

### *Ein kleines Stück Würde wiederge- geben*

---

Im Jahre 1945 kamen 14 Millionen Menschen in ein vom Krieg total zerstörtes Land. Viele Flüchtlinge heute kommen aus einem Land, das vom Krieg gekennzeichnet ist. Wir sollten aus unseren Erfahrungen heraus Fürsprecher sein für die, die aus den Kriegsgebieten kommen und aus politischen Gründen um ihr Leben bangen. Im Gegensatz zu uns können sie, wenn sich die Situation in ihren Ländern geändert hat, in ihre Heimat zurück (Vertrag von Dayton). Das ist auch ein Grund, dass viele Menschen in die Nachbarländer und nicht nach Europa fliehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich in Erinnerung rufen: Wie Sie wissen, marschierte die Deutsche Wehrmacht im Jahre 1938 in das Sudetenland ein. Es kamen Deutsche zu Deut-

schen mit unterschiedlicher Mentalität.

Im Jahre 1945 kam ich in die Sowjetische Besatzungszone und dort fand man meine Mentalität auch nicht so gut. Ich war katholisch und kam in eine evangelische Gemeinde. Das war im Jahre 1945 noch ein Problem.

1990 lagen sich ost- und westdeutsche Bürger und Bürgerinnen in den Armen bei der Wiedervereinigung. Wie Sie wissen, gab es hinterher auch Probleme.

Wir sind weiß und sprechen deutsch.

Was will ich damit sagen?

Wenn wir Deutschen mit uns Probleme haben, obwohl Schiller, Goethe, Kant, Herder, Freud, Mendel, Bach und andere unsere gemeinsame Kultur sind, wie schlimm ist es dann für die heutigen Flüchtlinge, die eine andere Hautfarbe haben, die deutsche Sprache nicht sprechen, aus einem anderen Kulturkreis kommen und eine andere Religion mitbringen.

Das ist eine andere Integrationsanforderung.

Das erfordert, dass wir lernen müssen, Probleme und Entwicklungen zu verstehen und zu differenzieren. Kein Mensch kann es sich aussuchen, in welche Familie er hineingeboren wird, in welchem Land seine Wiege steht und welche Landschaft, Sitten und Gebräuche, Sprache, Religion sowie Weltanschauung ihn prägen werden.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen Menschen bedanken, die sich 70 Jahre dafür eingesetzt haben, dass es diesen Gedenktag gibt. Sie haben damit den Vertriebenen, den Flüchtlingen, den Zwangsarbeitern/-innen, den Deportierten und anderen ein kleines Stück Würde wiedergegeben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit“.

## Rede des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius



Quelle: Henning Schacht

Bernd Fabritius

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
sehr geehrter Herr Bundesminister  
des Innern,  
meine Damen und Herren,

der Chronist schreibt das Jahr 1945, es ist die Nacht vom 18. zum 19. Juni. Der Krieg ist seit über einem Monat vorbei. Im Bahnhof von Prerau, einer Kleinstadt im Herzen Mährens (heute Tschechien), steht ein Flüchtlingszug mit 265 Zivilisten. Die meisten sind Karpatendeutsche aus der Zips, ihrer angestammten Heimat in der heutigen Slowakei. Sie waren kurz vor Kriegsende nach Nordböhmen evakuiert worden und wollten nach Hause zurückkehren.

Ein Militärtransport mit tschechoslowakischen Soldaten, die von einer Siegesfeier heimkehren, trifft ein. Die 265 Zivilpersonen werden gezwungen, den Zug zu verlassen. Sie müssen persönliche Wertgegenstände abgeben und sich bis auf die Unterwäsche entkleiden. Dann werden sie mit Genickschüssen ermordet. Der Chronist notiert 71 erschossene Männer, 120 Frauen und 74 Kinder. Das jüngste Opfer war acht Monate alt.

Heute erinnert eine Gedenkstätte in Prerau an diesen Massenmord vor 70 Jahren. Prerau ist nur ein Ort von unzähligen, die stille Zeugen solcher Gräueltaten wurden.

Es kam nach der Befreiung vom Nazi-terror zu zahlreichen Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung, zu ethnischen Säuberungen in deren seit Jahrhunderten angestammten Heimat. In Internierungslagern und bei Zwangsarbeit ging das Sterben weiter.

Ich erinnere an den Todesmarsch von Brünn, den mindestens 2.000 Menschen nicht überlebten, und danke dem dortigen Stadtrat, der dieses Unrecht jüngst anerkannt und ebenfalls in öffentliches Gedenken einbezogen hat.

Ich erinnere an die grausamen Vertreibungen im Sudetenland und im slowakischen Karpatenraum.

Ich erinnere an die Vertreibungen in Südosteuropa, einschließlich des gesamten Donauraums.

Ich erinnere sowohl an die wilden als auch an die geplanten Vertreibungen aus Schlesien, Ost- und Westpreußen, aus Pommern, Ostbrandenburg und Danzig.

Ich erinnere an die Wilhelm Gustloff, die vom sowjetischen U-Boot S-13 versenkt wurde. 9.343 Menschen, die in der Flucht vor der Roten Armee ihr Heil suchten, fanden am 30. Januar 1945 den Tod in der eisigen Ostsee.

Ich erinnere an die Vertreibungen der Deutschen aus dem Baltikum und – schon ab 1941 – die Deportation der Deutschen aus Russland, vor allem aus den Gebieten der Wolgarepublik.

Ich erinnere an die geschätzt mehr als eine Million deutsche Zwangsarbeiter, die als menschliche Kriegsschädigung missbraucht wurden

Ich erwähne auch die Heimatvertriebenen, die mehrheitlich weitere Jahrzehnte Vertreibung in der Heimat, in Isolation und Entrechtung, hinter dem Eisernen Vorhang ertragen mussten. Diese Brüder und Schwestern le-

ben heute noch in der Heimat – und sind dort Pfeiler für Brücken, die ich als große Chance für ein friedliches Europa sehe.

Jeder Krieg fordert seine Opfer, auf allen Seiten.

Ich stelle in Deutschland in Teilen unserer Gesellschaft eine verwunderliche Zurückhaltung fest, auch der eigenen Opfer zu gedenken. Im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg steht die deutsche Schuld außer Frage: Dieser Krieg hat über ganz Europa unermessliches Leid, Tod und Elend gebracht, über alle Völker. Flucht und Vertreibungen waren ein Teil davon.

Daran zu erinnern relativiert gar nichts.

---

*Das war, ist und  
bleibt Unrecht –  
gedenkwürdiges  
Unrecht!*

---

Von den mehr als 18 Millionen Deutschen im Osten verloren bis zu 15 Millionen ihre Heimat, weit über 2 Millionen haben Flucht und Vertreibung nicht überlebt. Das war, ist und bleibt Unrecht – gedenkwürdiges Unrecht!

Für die bleibende Erinnerung, zur Mahnung und aus Achtung vor den Opfern ist es ein gutes und wichtiges Zeichen, dass wir heute besonders auch ihrer gedenken.

Im Namen dieser Menschen und deren Nachfahren danke ich der Bundesregierung dafür, dass sie das Gedenken an die eigenen Opfer von Flucht und Vertreibung aufrechterhält, indem sie den heutigen Gedenktag ausgerufen hat.



Foto: Bernd Fabritius, BcV

v.l.: Siegbert Ortmann, Bernd Fabritius, Albrecht Schläger, Joachim Gauck, Christian Knauer und Helmut Sauer

Diesen Gedenktag war Deutschland den eigenen Opfern schuldig – und hat ihn nun geschaffen.

Durch die Verbindung dieses Gedenkens mit der Erinnerung an das Leid aller anderen Flüchtlinge und Vertriebenen, bringen wir noch etwas Wesentliches zum Ausdruck: Die Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung aus ihrer Heimat zum Ende des Zweiten Weltkrieges – und noch viele Jahre danach – war genauso ein Verbrechen, wie es andere ethnische Säuberungen auf der ganzen Welt bis heute sind.

Dieser Gedenktag ist daher eine deutliche Ansage gegen Kollektivschuld

und Rechtfertigungstheorien. Auch für diese Botschaft danke ich. Unsere eigene Geschichte mahnt. Sie zeigt eindringlich, wie wichtig es ist, Menschenrechte zu achten, Krieg und Gewalt zu verhindern, und Vertreibungen – gestern wie heute – weltweit zu ächten!

## Aus der Gruppensitzung

# Ausstellung "Gewaltmigration erinnern" in Berlin

## Deutsches Historisches Museum zeigt Präsentation der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Bei einem Besuch des Deutschen Historischen Museums in Berlin informierte sich die Gruppe über die von November 2014 bis Januar 2015 gezeigte Ausstellung "Gewaltmigration erinnern", in deren Rahmen die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung mittels einer Werkstattschau auch über ihre Arbeit und künftige Dauerausstellung im Berliner "Deutschlandhaus" informierte. Die thematische Bandbreite der Stiftungsarbeit, die sich mit der Flucht und Vertreibung der Deutschen und mit Gewaltmigration in Europa im 20. Jahrhundert insgesamt befasst, wurde ergänzt um ausgewählte Originalobjekte prä-



Foto: Steven Rösler

v.l.: Heiko Schmelzle, Klaus Brähmig, Heinrich Zertik, Peter Beyer

sentierte. Ebenfalls wurde der erstmals in Deutschland gezeigte griechische Ausstellungsteil "Twice a Stranger" besucht, in dem gewaltsame Bevölkerungsverschiebungen am Beispiel Griechenlands, der Türkei, Indiens, Pakistans und Zyperns thematisiert

wurden. Die im Titel genannte zweifache Fremde bezieht sich dabei auf die verlorene alte Heimat, in die eine Rückkehr ausgeschlossen ist und die neue Heimat, in der keine vollständige Integration gelingt.

Einen Blick in die Gegenwart ermöglichen zeitgenössische Fotografien, die sich der Thematik der

"Wolfskinder" annehmen. Charakterstarke Portraits aus jüngerer Zeit zeigten ehemalige "Wolfskinder" in der ihr Leben prägenden Landschaft und Umgebung in Litauen.



## Landsmannschaft Ostpreußen im Dialog

### Sprecher Stephan Grigat informiert über die gegenwärtige Arbeit

In Fortsetzung ihres Dialogs mit den Landsmannschaften empfing die Gruppe den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, zu einem Gedankenaustausch. Nach einem Überblick über die Geografie und Historie Ostpreußens berichtete er über die Arbeit der Landsmannschaft. Deren Ziele seien neben der Völkerverständigung vor allem die Bewahrung des kulturellen Erbes Ostpreußens. Allerdings gehe es auch um die Schließung einer Gerechtigkeitslücke gegenüber den Vertriebenen. Diese ergebe sich aus dem Sonderopfer des Verlusts der Heimat, das die Vertriebenen in Folge



v.l.: Klaus Brähmig, Stephan Grigat, Bernd Fabritius, Heiko Schmelzle, Helmut Nowak, Heinrich Zertik

Foto: Steven Rößler

des Zweiten Weltkriegs zu leisten gehabt hätten. Hinsichtlich des für den 20. Juni geplanten Gedenktages zur Erinnerung an die Opfer von Flucht und Vertreibung stellte er noch einmal die Sichtweise der Betroffenen

auf dieses Datum dar. Allerdings wurde die Notwendigkeit unterstrichen, diesen Gedenktag nun erfolgreich mit Leben zu erfüllen. Das Schicksal der Vertreibung der Deutschen werde mit dem gefundenen Datum als ein Unrecht wie alle anderen Vertreibungen anerkannt. Auf diese Weise werde auch der These von der Kollektivschuld der Deutschen an ihrer Vertreibung widersprochen. Der Erhalt der ostpreußischen Identität wird als wichtiges und andauerndes Ziel der Landsmannschaft unterstrichen.

## Das Grenzdurchgangslager Friedland als "Tor zur Freiheit"

### Ausstellungsmacher erläutern Konzept für das Museum Friedland

Gegenwärtig befindet sich im niedersächsischen Friedland ein Museum im Aufbau, das sich der Geschichte, Gegenwart und Zukunft des örtlichen Grenzdurchgangslagers widmet. Über die künftige Ausstellungsgestaltung, ihre Inhalte und die Einbettung eines Museums in das auch heute noch seinem Zweck dienende Grenzdurchgangslager informierten neben dem Ausstellungsgestalter Joachim Bauer auch die zuständigen Projektverantwortlichen aus dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und



v.l.: Alexander Vollmert, Klaus Engemann, Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Benedikt Praxenthaler, Helmut Sauer, Heiko Schmelzle, Oliver Krüger, Joachim Bauer

Foto: Steven Rößler

Sport, Klaus Engemann und Oliver Krüger. Von der Aufnahme der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs, über erste aus dem ehemals deutschen Osten stammende Aussiedler, Flüchtlinge der 1970er

Jahre aus Chile, die vietnamesischen "Boat-people" der 1980er Jahre bis hin zu den Spätaussiedlern der 1990er Jahre reichen die Themen der mit Friedland verbundenen Personengruppen. Auch heute noch ist das Grenzdurchgangslager Friedland als einzige Erstaufnahmeeinrichtung in der Bundesrepublik Deutschland die erste Anlaufstelle für Spätaussiedler und Flüchtlinge aus aller Welt. Diese Rolle als "Tor zur Freiheit" wird in dem im Jahre 2016 eröffneten Museum ausdrucksstark dargestellt. Die Gruppe kündigte die weitere Unterstützung dieses wichtigen Geschichtsprojekts an.

## "Gedächtnis des deutschen Ostens"

### Leiterin des Bayreuther Lastenausgleichsarchivs berichtet über die Aufgaben dieser Außenstelle des Bundesarchivs

Auf Einladung der Gruppe berichtete die Leiterin des Bayreuther Lastenausgleichsarchivs, Stefanie Jost, über die Arbeit ihres Hauses, das im vergangenen Herbst auf sein 25-jähriges Jubiläum zurückblicken konnte. Neben den Fest-



Foto: Steven Rösler

v.l.: Alexander Vollmert, Eckhard Pols, Helmut Sauer, Bernd Fabritius, Stefanie Jost, Klaus Brähmig, Heiko Schmelzle

stellungsakten der Ausgleichsverwaltung und Heimatauskunftsstellen und die zurzeit ausschließlich über den Kirchlichen Suchdienst in München recherchierbaren Heimatortskarteien verfügt das Lastenaus-

gleichsarchiv über umfangreiche Bestände der so genannten "Ost-Dokumentation". In dieser sind Erlebnisberichte zu Vertreibungsschicksalen, der Flucht über die Ostsee wie auch Berichte über Verwal-

tung, Wirtschaft und zum Zeitgeschehen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße und im Sudetenland enthalten. Diese decken den Zeitraum zwischen 1919 und 1945 ab. Als "Gedächtnis des deutschen Ostens" leistet das Archiv gerade auch durch die Gemeindeseelenlisten (zum Teil mit Ortsplänen) mit ihren Angaben über den Personenstand der Gemeinden vor der Vertreibung eine wichtige Arbeit für die Gedenkkultur in unserem Land.

## § 96 BVFG bleibt wichtige Basis der Kulturarbeit

### Gruppe im Gespräch mit Kulturpolitikern der Fraktion

In einer gemeinsamen Sitzung mit der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion erörterte die Gruppe Themenschwerpunkte von gemeinsamem Interesse. Die Kulturarbeit des Bundes zur Pflege der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz bildete dabei den Schwerpunkt der Beratungen.



Foto: Privat

v.l.: Helmut Sauer, Witali Hagelgans, Heinrich Zertik, Monika Grütters, Klaus Brähmig, Katharina Neufeld, Heiko Schmelzle, Eckhard Pols

Klaus Brähmig verwies dabei auf die steigende Wertschätzung, die dem Kultur- und Geschichtsbereich auch im Ausland entgegengebracht werde. So erinnerte er an die in jüngerer Zeit

im British Museum in London gezeigte Ausstellung "Germany – Memories of a nation", die die Geschichte des historischen deutschen Ostens in verschiedenen Schwerpunkten dargestellt habe. Der Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs sei im Katalog zur

Ausstellung ein eigenes Kapitel gewidmet worden. Außerhalb Deutschlands, so der Direktor des British Museum Neil MacGregor, sei über diese historische Tatsache nur wenig bekannt. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, die im Förderbereich des § 96 Bundesvertriebenengesetz angesiedelten Themenkreise

einer breiteren deutschen und internationalen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Um auch weiterhin im Dialog über diese wichtigen Themen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten zu bleiben, wurde eine Fortsetzung des Gesprächs vereinbart.

## Naturschutz und Geschichte des Segelflugs im Fokus Direktor des Nationalparks Kurische Nehrung zu Gast

Auf Einladung der Gruppe weilte der Direktor des Nationalparks Kurische Nehrung, Anatoli Kalina, zusammen mit seiner Stellvertreterin in Deutschland. Im Nachgang zu einer Delegationsreise der Gruppe in das nördliche Ostpreußen im vergangenen Jahr, bei der die Fortsetzung der Gespräche vereinbart worden war, wurden die aktuellen Ent-



v.l.: Stephan Mayer, Klaus Brähmig, Manfred Michl, Heiko Schmelzle, Ljudmila Poplawskaja, Anatoli Kalina, Alexander Vollmert

Foto: Steven Rösler

wicklungen im kleinsten, aber zugleich besucherstärksten russischen Nationalpark thematisiert. So existiert für Besucher des russischen Teils der Kurischen Nehrung inzwischen die Möglichkeit, sich per Smartphone-Applikation unterwegs mit Infor-

mationen zur Natur, Wanderwegen und besonders schützenswerten Landschaftszonen zu versorgen. Um diese Informationen künftig auch in deutscher Sprache verfügbar zu machen, bot die Gruppe an, die Förderung der dazu notwendigen Überset-

mittlung der Gruppe ein Expertengespräch mit Vertretern deutscher Luftfahrtmuseen und Archive statt. Die dabei entstandenen neuen Kontakte wurden von allen Teilnehmern begrüßt.

zungslösungen prüfen zu lassen. Da der Nationalpark das Ziel verfolgt, künftig im Rahmen eines Museums an die Geschichte der einstmaligen weltbekanntesten Segelfliegerschule von Rossitten und des Segelflugs auf der Kurischen Nehrung zu erinnern, fand im Anschluss auf Ver-

## Zukunft des Bundes der Vertriebenen

### Präsident Bernd Fabritius berichtet über Arbeit des Verbands

Zu einem ersten offiziellen Gedankenaustausch nach seiner Wahl zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen traf Bernd Fabritius mit der Gruppe zusammen. Dabei betonte er die Notwendigkeit, auch künftig den Erinnerungsfokus aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang sei der Nationale Gedenktag zur Erinnerung an Flucht



v.l.: Stephan Mayer, Heiko Schmelzle, Klaus Brähmig, Bernd Fabritius, Hartmut Koschyk, Helmut Nowak

Foto: Steven Rösler

und Vertreibung am 20. Juni 2015 ein bedeutendes Datum. Der gewählte Termin am Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen hebe das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen auf eine andere Ebene. Dem Vorwurf einer Kollektivschuld der Deut-

schen an ihrer Vertreibung werde mit der Wahl des Datums eine klare Absage erteilt. Eine wichtige Zukunftsaufgabe des Bundes der Vertriebenen sei der grenzüberschreitende Dialog in Europa. Polen sei dabei ein wichtiges Ziel künftiger Aktivitäten. Im Hin-

blick auf die Flüchtlingssituation des Jahres 2015 sei der Bund der Vertriebenen kein allgemeiner Flüchtlingsverband, sondern bleibe in erster Linie den deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen verpflichtet. Dieses schließende Positionierung zur gegenwärtigen Flüchtlingsproblematik nicht aus. Für die künftige Arbeit des Verbandes müsse die Einheit aus Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten stärker als bisher Berücksichtigung finden.

## Karpatendeutsche Landsmannschaft in Deutschland Bundesvorsitzende Brunhilde Reitmeier-Zwick im Dialog

In Vorbereitung einer Delegationsreise in die Slowakei informierte sich die Gruppe bei der Bundesvorsitzenden der Karpatendeutschen Landsmannschaft, Brunhilde Reitmeier-Zwick, über die Arbeit des Verbandes in Deutschland sowie die Kooperation mit dem Karpatendeutschen Verein in der Slowakei. Die enge Kooperation mit der im Her-



v.l.: Alexander Vollmert, Bernd Fabritius, Brunhilde Reitmeier-Zwick, Klaus Brähmig, Peter Beyer, Heiko Schmelzle

kunftsgebiet verbliebenen deutschen Minderheit ist dabei ein wichtiger Baustein in den guten deutsch-slowakischen Beziehungen. Diese fanden in jüngster Zeit auch in den Besuchen von Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel

ihren Ausdruck. Die Karpatendeutsche Landsmannschaft in Deutschland unterhält gute und enge Beziehungen zur Regierung in Preßburg/Bratislava wie auch zu deren diplomatischen Vertretern in Deutschland. In der Slowakei bekennen sich noch cir-

ca. 4.500 Menschen offiziell zum Deutschtum. Insgesamt geht man von etwa 15.000 Deutschstämmigen im Lande aus. Ein wichtiges Thema ist auch für die Karpatendeutsche Landsmannschaft die Förderung des muttersprachlichen Unterrichts in deutscher Sprache. Für die ehrenamtliche Arbeit der Landsmannschaft in Deutschland sei es wünschenswert, wenn dieses Engagement stärkere Unterstützung durch die öffentliche Hand erfahren würde.

Foto: Steven Rösler

## CSU-Landesgruppe als wichtiger Partner der Gruppe Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt im Dialog

Mit ihrem besonderen Bekenntnis und Engagement für die Interessen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten sind die CSU und die Bayerische Staatsregierung seit vielen Jahren feste Partner an der Seite der Gruppe. Dieses zeigte sich nicht zuletzt bei der maßgeblichen Unterstützung für die Gründung des Sudetendeutschen Museums in München, das dazu beiträgt, eine wichtige Lücke der deutschen Museumslandschaft zu schließen. Um die



v.l.: Eckhard Pols, Bernd Fabritius, Gerda Hasselfeldt, Klaus Brähmig, Peter Beyer, Hartmut Koschyk

politische Verankerung der aktuellen Entwicklungen und künftigen Themen des Arbeitsbereiches innerhalb der Fraktionsführung ging es in einem regen Gedankenaustausch mit

zur Sicherung der Aktivitäten der deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa. Über die Bedeutung der Themen herrschte große Einigkeit.

der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt. Dabei stand das Festhalten an der Förderung des kulturellen Erbes des historischen deutschen Ostens ebenso im Fokus des Gedankenaustauschs wie die weitere Unterstützung

Foto: Steven Rösler

## Weitere Verankerung der Themen bei Fraktionsführung Gespräch mit CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendem Volker Kauder

Als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist Volker Kauder seit vielen Jahren eine bewährte Stütze für die Arbeit der Gruppe.

Bei einem Gespräch über die gegenwärtige Arbeit und künftigen Themenschwerpunkte, das an einen bereits zuvor mit der CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt geführten Gedankenaustausch anknüpfte, ging es neben vielen weiteren Themen auch hier um die besondere Bedeutung der Kulturpflege nach



v.l.: Heiko Schmelzle, Bernd Fabritius, Klaus Brähmig, Volker Kauder, Peter Beyer, Heinrich Zertik

Foto: Steven Rösler

§ 96 Bundesvertriebenengesetz und die Unterstützung für die deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin beton-

Gedenken an das Jahr 1945 sei es bedeutend, dass neben vielfacher Befreiung zugleich aber auch großes Unrecht und Leid über zahlreiche unschuldige Menschen gekommen sei.

Mit Blick auf das

te der Fraktionsvorsitzende die grundlegende Bedeutung, das Thema der Flucht und Vertreibung der Deutschen auch nach dem Ausscheiden einer aktiven Erlebnissgeneration in die Zukunft zu tragen. Dazu müssten bereits heute die notwendigen Schritte unternommen werden.

## Deutsch-polnische Zusammenarbeit auf gutem Wege Regierungskoordinator Dietmar Woidke besucht die Gruppe

Die Förderung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ist seit dem Jahre 2004 bei der Bundesregierung im Amt eines Koordinators gebündelt, das seit dem vergangenen Jahr vom Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke, beklei-



v.l.: Heiko Schmelzle, Klaus Brähmig, Dieter Woidke, Silke Launert, Hartmut Koschyk

Foto: Steven Rösler

det wird. Obliegt die Betreuung der deutschen Minderheit in Polen dem Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, so ist die Förderung der

grenznahen und zwischengesellschaftlichen Zusammenarbeit bei Koordinator Woidke angesiedelt. Positive Entwicklungen seien beispielsweise

die schlesische Metropole wieder besser mit direkten Zugverbindungen an Deutschland anzubinden.

se Fortschritte bei der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit. Dem stünden aktuell eine Verringerung der grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen gegenüber. Hier werde unter anderem versucht, mit Blick auf die Kulturhauptstadt-Trägerschaft Breslau im Jahre 2016

## Politische Bildung zu Vertriebenen und Aussiedlern Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung im Gespräch

Seit Jahrzehnten ist die Bundeszentrale für politische Bildung eine der zentralen Einrichtungen in Deutschland, mit deren Publikationen sich nicht zuletzt Schüler im Rahmen des Schulunterrichts Themenfelder aus Geschichte und Gegenwart erschließen.

Um die besondere Bedeutung der Themen Flucht und Vertreibung der Deutschen, Spätaussiedler und deutsche Minderheiten zu unterstreichen, führte die Gruppe ein Gespräch



v.l.: Manfred Behrens, Eckhard Pols, Thomas Krüger, Heinrich Zertik, Heiko Schmelzle, Stephan Mayer

Foto: Steven Rösler

wird. Eine Publikation zum Schwerpunkt Spätaussiedler sei derzeit in Arbeit. Die Gruppe bat darum, die genannten Themen besonders auf der Internet-Homepage stärker hervorzuheben, da sie bislang nur als Unterpunkte zu anderen Themen und damit unübersichtlich zu recherchieren seien. Diese Anregung wurde im Anschluss an das

Gespräch umgehend von Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung realisiert.

mit dem Präsidenten der Bundeseinrichtung, Thomas Krüger. Dieser gab einen Überblick über die zahlreichen Publikationen, in denen die Vertreibung der Deutschen thematisiert

## Gruppe besetzt auch weiterhin wichtige Themenfelder Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Thomas Strobl im Dialog

Zur Fortsetzung des Dialogs mit der Fraktionsführung zu Themen der Gruppe fand ein Gespräch mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Strobl statt. Dieser betonte, die Umsetzung des im Jahre 2015 erstmals begangenen Gedenktags zur Erinnerung

an die Opfer von Flucht und Vertreibung sei ein großer politischer Erfolg und werde das Thema dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein ver-



v.l.: Bernd Fabritius, Klaus Brähmig, Thomas Strobl, Heinrich Zertik, Heiko Schmelzle

Foto: Steven Rösler

Regierungszeit sei ein wichtiger Schritt und kein Selbstläufer gewesen. Hieran sei nun bei der künftigen politischen Arbeit anzuknüpfen, um den historischen deutschen Osten, die Themen Flucht und Vertreibung sowie die Beschäftigung mit den Aussiedlern und Spätaussiedlern und den

ankern. Auch der in den vergangenen Jahren erzielte Ausgleich der Kürzungen bei der Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG aus rot-grüner

in den Herkunftsgebieten verbliebenen deutschen Minderheiten auch künftig auf der Tagesordnung zu halten.

## Deutsche Minderheit aus Polen berichtet von ihrer Arbeit Bernard Gaida und Rafał Bartek zu Besuch in Berlin

Der Vorsitzende des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Bernard Gaida, und der frisch gewählte neue Vorsitzende der deutschen Minderheit im O p p e l n e r S c h l e s i e n , Rafał Bartek, informierten die Gruppe

über die aktuellen Entwicklungen bei der deutschen Minderheit in Polen. Im Gespräch ging es auch um die poli-



Foto: Steven Rösler

v.l.: Alexander Vollmert, Peter Beyer, Bernd Fabritius, Bernard Gaida, Rafal Bartek, Klaus Brähmig, Kartmut Koschyk, Heinrich Zertik, Heiko Schmelzle

tischen Entwicklungen in Polen nach der Wahl des neuen Staatspräsidenten Andrzej Duda im vergangenen Mai und im Hinblick auf die im Herbst

2015 bevorstehende Parlamentswahl in Polen. Für die deutsche Minderheit sei die Frage des muttersprachlichen Schulunterrichts weiterhin eines der wichtigsten Themen. Auch die Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften in Deutschland wurde erörtert. Bernard Gaida betonte dabei die Bedeutung künftiger Kooperationen, die vor allem darauf zielen müssten, Gegenwart und Zukunft zu gestalten.

## Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Bau Gruppe besucht Baustelle im Berliner "Deutschlandhaus"

Das Berliner "Deutschlandhaus" nahe des früheren Anhalter Bahnhofs wird derzeit zum Dokumentationszentrum der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung umgebaut. Das aus den 1920er Jahren stammende Gebäude wird dazu aufwendig saniert.



Foto: Privat

Teilnehmer beim Besuch der Baustelle im Deutschlandhaus

Neben einem Teilabriss von aus den

1950er Jahren stammender Baustрукtur geht es momentan vor allem um

die Sicherung der unter Denkmalschutz stehenden Fassaden entlang

der Anhalter und Stresemannstraße. Bei einem Vorort-Besuch informierte sich die Gruppe über den Stand der Bauarbeiten.

Besonders die Entfernung von in alten Plänen nicht enthaltenen Fundamenten im Bereich des späteren Neubaus haben zu Verzögerungen geführt. Dieser soll später nach Plänen des österreichischen Architekturbüros Marte-Marte umgesetzt werden.

## Warendorf ist die neue Heimat des Westpreußischen Landesmuseums

### Neue Ausstellung bietet Begegnung mit einer deutsch-polnischen Kulturregion



Foto: Privat

v.l.: Klaus Brähmig, Reinhold Sendker, Monika Grütters, Ulrich Bonk

Mit einer Feierstunde in Anwesenheit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, und Klaus Brähmig als Vorsitzendem der Gruppe wurde Anfang Dezember 2014 in Warendorf die neue Dauerausstellung

Zweite von den politischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts geprägt war.

Neben der nun wieder im Herzen Westfalens ansässigen Ausstellung verfügt das Westpreußische Landes-

des Westpreußischen Landesmuseums eröffnet. Mit seinem Einzug in die Räumlichkeiten des ehemaligen Franziskanerklosters bietet sich nach zweijähriger Pause nun wieder die Gelegenheit zur Begegnung mit einer deutsch-polnischen Kulturregion, die wie kaum eine

museum auch über eine Außenstelle in Polen. Im nordwestlich von Danzig gelegenen Schloss Krockow/Krokowa werden im einzigen deutsch-polnischen Museum in Polen die Geschichte der Kaschubei und der teilweise komplizierten Lebenswege ihrer Einwohner präsentiert.

Durch die Präsentation der deutschen und polnischen Geschichte Westpreußens lebt das Museum exemplarisch einen Teil europäischer Geschichte, der beide Nationen heute in Freundschaft verbindet. In Zusammenarbeit mit dem Kreis Warendorf soll das Museum künftig unter anderem auch als Lernort für Schüler zu einer besseren Kenntnis über Westpreußen und seine Rolle im heutigen Europa führen.

## Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland

### Besuch im Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold



Foto: Privat

v.l.: Klaus Brähmig, Katharina Neufeld, Wytalis Hagelgans

Bei einem Besuch des Museums für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold informierte sich Klaus

authentischer Originalobjekte - von der Auswanderung nach Russland und der Ausprägung einer eigenstän-

Brähmig als Vorsitzender der Gruppe über die Dauerausstellung dieser deutschlandweit einmaligen Einrichtung.

Vor dem Hintergrund der wechselvollen Geschichte der Russlanddeutschen berichtet die Ausstellung - auch anhand zahlreicher

digen russlanddeutschen Kultur in unterschiedlichen Zielregionen. Auch die von Verfolgung und Unterdrückung geprägten Teile der Geschichte werden umfassend dargestellt. Aufgrund der großen Anzahl an Aussiedlern und Spätaussiedlern, die in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat fanden, ist es richtig, an diesen vielschichtigen Teil deutscher Geschichte zu erinnern. Um das Museum und seine professionelle Arbeit langfristig zu sichern, unterstützt die Gruppe das Anliegen der Einrichtung, künftig stärker in der Kulturarbeit des Bundes Berücksichtigung zu finden.



## Geschichte von Flucht und Vertreibung in Ostfriesland

### Dokumentationsstätte Gnadenkirche Tidofeld in Norden besucht



Foto: Privat

Besuch von Klaus Brähmig und Heiko Schmelzle in Tidofeld

Gemeinsam mit dem Mitglied der Gruppe Heiko Schmelzle besuchte Klaus Brähmig die Dokumentationsstätte "Gnadenkirche Tidofeld" in Norden. Diese befindet sich seit No-

vember 2013 in den Räumen der ehemaligen Lagerkirche, deren Profanierung bereits im Jahre 2006 vollzogen wurde. In der Dauerausstellung wird auch mittels Zeitzeugeninterviews sowie von Mitgliedern der Erlebnisgeneration zur Verfügung gestellten Originalobjekten an die Themen Flucht und Vertreibung und die erfolgreiche Inte-

gration in Nordwestdeutschland erinnert. Die Region Ostfriesland bildet dabei den Schwerpunkt. Das unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten von Niedersachsen stehende

Projekt arbeitet seit vielen Jahren ebenfalls erfolgreich im Bereich des deutsch-polnischen Jugendaustausches. So zählt die "Gnadenkirche Tidofeld" zu den herausragenden Erinnerungsstätten, die sich mit einem regionalem Fokus einem wichtigen Teil deutscher Zeitgeschichte widmen. Das ehemalige Vertriebenenlager Tidofeld, in dem 1946 über 1.200 Personen lebten, wurde zu Beginn der 1960er Jahre durch eine Neubausiedlung ersetzt. Durch die inzwischen gewonnene Beziehung zu diesem Ort setzten die Vertriebenen gegenüber der Stadt Norden den Bau der Siedlung an der Stelle des ehemaligen Lagers durch. Daraus entstand die Besonderheit, dass sich alte Familien- und Dorfstrukturen des Ostens wieder zusammenschließen konnten.

## Ressortforschungseinrichtung der Bundesregierung

### Besuch im Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg

Das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ist seit dem Jahre 1989 die Ressortforschungseinrichtung der Bundesregierung und berät diese in Fragen, die die Erforschung, Darstellung und Weiterentwicklung des Themenbereichs der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa betreffen.

Um den Dialog mit der Gruppe fortzusetzen, erörterten die Abgeordneten Klaus Brähmig und Heiko Schmelzle mit Direktor Matthias Weber, seinem Stellvertreter Gerald Volkmer und Nicole Zeddies vom Stab der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien die aktuelle Arbeit des In-

stituts. Mit seinem regionalen Schwerpunkt, der von der Ostsee bis an die Adria reicht, leistet das Institut für viele Regionen Europas wichtige identitätsstiftende Arbeit.

Vertraglich vereinbarte Kooperationen verbinden das Institut mit Forschungseinrichtungen in Polen, Rumänien und Ungarn und stellen im Geiste eines zusammenwachsenden Europas die Vernetzung

in die bedeutenden historischen Siedlungsgebiete der Deutschen sicher.



Foto: Privat

v.l.: Klaus Brähmig, Nicole Zeddies, Matthias Weber, Gerald Volkmer, Heiko Schmelzle

## Integration der Aussiedler im Landkreis Rotenburg Diskussion mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland



Foto: Privat

Gespräch mit Vertretern der russlanddeutschen Gemeinde in Rotenburg (Wümme)

Der niedersächsische Landkreis Rotenburg (Wümme) zeichnet sich seit langem durch eine vorbildliche gesellschaftliche Integration von Aussiedlern und Spätaussiedlern aus. In einem Dialog mit Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus

Mittelpunkt des Gesprächs wie Rentenfragen.

Auch die derzeit angespannte politische Lage und Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen, ausgelöst durch den Krieg in der Ukra-

ine, kam im Rahmen der Diskussionsveranstaltung zur Sprache.

Russland erörterten daher der Vorsitzende der Gruppe, Klaus Brähmig, und sein niedersächsischer Kollege Reinhard Grindel vor Ort zahlreiche Themen der Aussiedlerpolitik.

Dabei standen die Umsetzung der 10. Novelle des Bundesvertriebenengesetzes aus dem Jahre 2013 und die Frage der Familienzusammenführung genau so im

Zur Stärkung des Bewusstseins gerade auch der jüngeren Generationen an Russlanddeutschen sei die Förderung der Geschichte und Kultur der Deutschen aus Russland ein besonders wichtiges Themenfeld. In diesem Zusammenhang sei das Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold eine einzigartige Institution. Sie präsentiere anhand von zahlreichen Originalobjekten diesen bedeutenden Aspekt deutscher Geschichte, der von der ursprünglichen Privilegierung unter Katharina der Großen bis zur Diskriminierung zu Zeiten des sowjetischen Kommunismus und Stalinismus reiche.

Das im Koalitionsvertrag der Großen Koalition festgeschriebene Festhalten an der vertriebenrechtlichen Aufnahme in Deutschland wurde bekräftigt.

## Grenzdurchgangslager Friedland als "Tor zur Freiheit" Museumsprojekt im historischen Bahnhof schreitet voran

Bei einem Besuch im Grenzdurchgangslager Friedland konnte sich der Vorsitzende der Gruppe, Klaus Brähmig, gemeinsam mit seinem Göttinger Bundestagskollegen Fritz Güntzler einen Überblick über den Baufortschritt des in Friedland geplanten Museumsprojektes verschaffen. Die Umbaumaßnahmen im historischen Bahnhofsbauwerk laufen auf Hochtouren, um die für das Frühjahr 2016 geplante Eröffnung zu realisieren. Die Einbeziehung des Museums in den laufenden Betrieb des Grenzdurchgangslagers, in dem zurzeit Spätaussiedler, Flüchtlinge und Asylbewerber betreut werden, ist deutschlandweit einmalig. Dies gilt insbesondere auch für die Einbettung des Lagers in die Gemeinde Friedland selber, wo seit Jahrzehnten ohne trennende Sicherungsanlagen ein direktes Nebeneinander zwischen der ortsansässigen Bevölkerung und den Bewohnern des Grenzdurchgangslagers existiert.



Foto: Privat

v.l. Klaus Brähmig, Klaus Engemann, Heinrich Hörschemeier, Joachim Bauer, Fritz Güntzler, Oliver Krüger

## Hildesheim pflegt Geschichte von Neisse/Oberschlesien Besuch des Museums und Gespräch mit Vertretern des BdV



Foto: Privat

v.l. Klaus Brähmig, Ute Bertram, Bernward Trouw

Seit dem 1. Juni 1952 verbindet die niedersächsische Stadt Hildesheim eine Patenschaft mit der ober-schlesischen Stadt und dem Landkreis Neisse. Unter fachkundiger Führung durch den früheren Vorsitzenden des Neisser Heimatbundes, Bernward Trouw, besuchten der Vorsitzende der Gruppe, Klaus Brähmig, und seine Hildesheimer Wahlkreiskollegin Ute Bertram das aus dieser Patenschaft entstandene Neisser Heimatmuseum.

Dieses bewahrt im historischen "Wafenschmiedehaus" von 1548 – einem der schönsten und ältesten Fachwerkhäuser von Hildesheim – die Erinnerung an die ober-schlesische Region. Die Stadt Neisse ist überregional vor allem durch das Grab des Lyrikers Joseph von Eichendorff bekannt. Weniger bekannt ist hingegen, dass die Vorfahren des Astronomen Nikolaus Kopernikus aus dem nahe Neisse gelegenen Ort Köppernig stammten.

Im anschließenden Gespräch mit Vertretern des Bundes der Vertriebenen ging es ebenfalls um die Zukunft der Heimatsammlungen. Dabei wurde empfohlen, die dezentrale Organisationsform der Heimatstuben und deren kommunale Anbindung nach Möglichkeit beizubehalten. Nur auf diese Weise könnten beispielsweise Schüler ortsnahe mit der Geschichte des historischen deutschen Ostens in Verbindung gebracht werden. Auch die Museen in den Städten der jeweiligen

Herkunftsregionen wurden als mögliches Ziel für Bestände der Heimatsammlungen genannt. Vorrangiges Ziel müsse allerdings die Erhaltung der Bestände in Deutschland sein. Im Bereich der wissenschaftlichen Forschung wurde betont, dass das Interesse an der Geschichte der ostdeutschen Provinzen beispielsweise an Universitäten in Polen größer sei als hierzulande. Auch hier müsse es zu einer Schärfung des Bewusstseins kommen.



Foto: Privat

Teilnehmer am Vertriebenengespräch

## Sudetendeutsches Büro in Prag besucht

### Gespräch mit Peter Barton über die gegenwärtige Arbeit



Foto: Privat

v.l. Alexander Vollmert, Klaus Brähmig, Peter Barton

Bei einem Vorortbesuch in Prag führte Klaus Brähmig einen Gedankenaustausch mit dem Leiter des Sudetendeutschen Büros, Peter Barton. Dabei standen die aktuellen Entwicklungen

in der Tschechischen Republik im Mittelpunkt.

Vor allem das Gedenken in der Stadt Brünn aus Anlass des 70. Jahrestages des "Brünner Todesmarsches" wurde erörtert. In einer Deklaration hatte der Stadtrat der zweitgrößten Stadt der Tschechischen Republik im Mai 2015 die Vertreibung von rund 26.000 Sudetendeutschen im Jahre 1945 aufrichtig bedauert, bei der mindestens 2.000 Menschen den Tod fanden. Mit einem "Marsch der Lebenden" in der umkehrten Richtung des Todesmarsches war am 30. Mai 2015 an die Opfer erinnert worden. Die positiven Reaktionen auf tschechischer wie auf deutscher Seite machen deutlich, wie wichtig dieser Schritt für eine weitere

Verbesserung der deutsch-tschechischen Beziehungen war.

Mit der Einrichtung des "Sudetendeutschen Büros" in Prag im Jahre 2003 wurde eine wichtige Kontaktstelle für Tschechen und Sudetendeutsche geschaffen, denen an Ausgleich zwischen beiden Völkern und Volksgruppen gelegen ist. Die Kontaktpflege zur tschechischen und bayerischen Politik nimmt dabei eine wichtige Rolle in der Arbeit des Büros ein. Es wurde vereinbart, auch die weiteren Mitglieder der Gruppe bei einem Arbeitsgespräch in Berlin über die Arbeit des "Sudetendeutschen Büros" zu informieren und die Verbesserung der deutsch-tschechischen Beziehungen auch künftig tatkräftig zu unterstützen.

# Königsberger Stadtplanungen in Berlin vorgestellt

## Kaliningrader Projekt "Herz der Stadt" präsentiert seine Ideen für die historische Stadtmitte in der Konrad-Adenauer-Stiftung



Foto: KAS, Gaul

Hans Stimmann, langjähriger Senatsbaudirektor von Berlin und Mitglied der Kaliningrader Expertenjury

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist das historische Stadtzentrum von Königsberg/Kaliningrad eine immer noch weitgehend unbebaute Fläche. Vor allem der seit dem Jahre 1992 sanierte Königsberger Dom mit der Grabstätte des Philosophen Immanuel Kant zeugt von der stolzen Geschichte der früheren ostpreußischen Provinzhauptstadt. Um diese bedeutende Innenstadtlage wieder mit neuem Leben zu erfüllen, gründete sich das Planungsbüro "Herz der Stadt". Es möchte Nutzungsideen für das Gebiet der historischen Königsberger Stadtteile Kneiphof, Altstadt und Löbenicht entwickeln.

Im Rahmen eines im vergangenen Jahr in Königsberg geführten Gesprächs mit den Projektverantwortlichen hatte der Vorsitzende der Gruppe Klaus Brähmig angeboten, sich nach Abschluss des ersten Gestaltungswettbewerbs Ende 2014 für eine öffentliche Präsentation der städtebaulichen Vorstellungen in Berlin einzusetzen. Diese fand nun unter großem Publikumsinteresse und in

Kooperation mit der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung statt.

Nach einer Einführung in das Thema durch den Direktor des Kaliningrader Planungsbüros "Herz der Stadt", Alexander Popadin, stellten der Geschäftsführer des erstplazierten Sankt Petersburger Architekturbüros "Studio 44", Nikita Yavein, und Projektarchitekt Ivan Kozhin die konkreten Entwicklungspläne vor. Ihnen zufolge soll die Pregelinsel Kneiphof auch künftig unbebaut bleiben und unter Rekonstruktion des historischen Königsberger Straßennetzes in einen philosophischen Park zu Ehren Immanuel Kants verwandelt werden. Nach Ab-



Foto: KAS, Gaul

Alexander Popadin, Leiter des Kaliningrader Stadtplanungsbüros "Herz der Stadt"

riss der heute existierenden, massiven Brückenkonstruktion des Lenin-Prospekts soll der Kneiphof durch die Rekonstruktion der alten Königsberger Brücken wieder mit den landseitigen Stadtteilen Kaliningrads verbunden werden.

Im Bereich der Königsberger Altstadt, in deren Bereich man den Rückbau des heute mehrspurigen Moskau-Prospekts plant, sollen die historischen Straßenzüge ebenfalls wieder hergestellt werden. Nach Ausgrabungsarbeiten und Sanierungen an den bis heute existierenden Kellergewölben der Altstadt Häuser soll auf diesen ein historisch-modernes Stadtviertel mit Wohnungen, Geschäften und Gastronomie entstehen. Für das von den russischen Planern als "Königsberg" bezeichnete Areal des früheren Königsberger Schlosses wird der bauli-



Foto: KAS, Gaul

Diskussion mit Christoph Sattler, Alexander Popadin, Ivan Kozhin, Nikita Yavein, Stephan Braunfels und Bernd Albers

che Erhalt und die Einbeziehung des bislang ungenutzten "Hauses der Sowjets" erwogen. Die künftige Gestalt des Schlossareals wird dabei derzeit in einem bis Ende August 2015 laufenden zweiten Gestaltungswettbewerb entworfen. Eine auch teilweise Rekonstruktion des Königsberger Schlosses wird dabei nicht ausgeschlossen.

Der frühere Berliner Senatsbaudirektor Hans Stimmann, selbst Mitglied der Kaliningrader Expertenjury, und die Architekten Christoph Sattler, Stephan Braunfels und Bernd Albers diskutierten im Anschluss an die Projektpräsentation mit den russischen Gästen, die sich auch den Fragen der Teilnehmer stellten. Das Ziel, die Gegenwart und Zukunft der einstmaligen bedeutenden ostdeutschen Metropole Königsberg auf dem Parkett der Hauptstadt zu präsentieren, wurde erreicht, und die Anwesenden zeigten sich von der Qualität des präsentierten Entwurfs beeindruckt. So bleibt den russischen Gästen zu wünschen, dass sich nun Wege zur Finanzierung dieses ehrgeizigen Projekts ergeben.



Foto: KAS, Gaul

Gewinner des Architekten Wettbewerbs: Nikita Yavein und Ivan Kozhin ("Studio 44")



Foto: KAS, Gaul

Kenner Königsbergs: Ein Großteil der Besucher der Veranstaltung gaben an, Kaliningrad bereits besucht zu haben.

# Dialog mit den deutschen Minderheiten bei Besuchen in Ungarn, der Slowakei und Polen fortgesetzt

## Delegationsreise macht kulturelle Vielfalt Europas deutlich



Foto: Privat

Wien: v.l. Klaus Brähmig, Ute Bertram, Michael Hammer

Im April 2015 führte eine Delegationsreise der Gruppe den Vorsitzenden Klaus Brähmig und seine Abgeordnetenkollegin Ute Bertram nach Österreich, Ungarn, in die Slowakei und nach Polen. Die Reise stand ganz im Zeichen des Dialogs mit den deutschen Minderheiten.

Bei politischen Gesprächen in Wien fand im Parlament ein Austausch mit dem vertriebenenpolitischen Sprecher der Österreichischen Volkspartei im Nationalrat, Michael Hammer, statt. Dabei zeigten die österreichischen Gesprächspartner besonderes Interesse am bundesdeutschen Gedenktag zur Erinnerung an die Opfer von Flucht und Vertreibung, der in diesem Jahr zum ersten Mal am 20. Juni begangen werden soll. Es finden

Überlegungen statt, in Österreich eine ähnliche politische Initiative zu unternehmen, verbunden mit dem Ziel, das Thema Flucht und Vertreibung auch in der Alpenrepublik im jährlichen Gedenkalender zu verankern.

Der Besuch des Regionalbüros Westungarn der Landes-selbstverwaltung der Ungarndeutschen in Ödenburg/Sopron war der erste Besuch einer deutschen Parlamentariergruppe überhaupt und wurde von den Vertretern der Ungarndeutschen sehr positiv aufgenommen. In der Region um Ödenburg, das über ein attraktives historisches Stadtzentrum verfügt, fand zwischen 1850 und 1950 eine massive Reduzierung der deutschen Minderheit von einstmaligen 97 Prozent der Einwohner auf nur noch drei Prozent statt. Dennoch sind die Ungarndeutschen in Ödenburg vor allem im Wirtschaftsleben erfolgreich engagiert und prägen bis heute den Weinbau in der Region. Aktuell verfolgt man mit der Übernahme einer Grundschule in die Trägerschaft der Landesselbstverwaltung das Ziel, die Pflege des muttersprachlich deut-



Foto: Privat

Ödenburg/Ungarn: Nach dem Gespräch mit der Landes-selbstverwaltung der Ungarndeutschen

schen Schulunterrichts sicherzustellen.



Foto: Privat

Gespräch mit der deutschen Minderheit in Metzenseifen/Slowakei



Foto: Privat

Besuch des Karpatendeutschen Museums in Preßburg/Slowakei

Beim anschließenden Besuch in der Slowakei standen vor allem Besuche beim Karpatendeutschen Verein im Mittelpunkt. Die Organisation der deutschen Minderheit um den Landesvorsitzenden Ondrej Pöss verfügt neben einem Museum zur Darstellung ihrer Kulturgeschichte in der Hauptstadt Preßburg/Bratislava über eine starke Präsenz in der Ostslowakei. Beim Aufenthalt der deutschen Delegation in der Region um die zweitgrößte Stadt der Slowakei Kaschau/Kosice wurde die deutsche Minderheit in Metzenseifen/Medzev besucht. Nach einem Rundgang durch die von der deutschen Minderheit hervorragend betreute Kirche und ei-



Foto: Privat

Kranzniederlegung auf der deutschen Kriegsgräberstätte in Preschau/Slowakei

ren bereits Pläne zu einer Erweiterung des Unternehmens.

In Preschau/Presov besuchte die Delegation die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gepflegte Kriegsgräberstätte mit Toten des Zweiten Weltkrieges auf dem städtischen Friedhof. Neben Metzenseifen ist vor allem das im Norden des Landes gelegene Hoptgarten/Chmel'nica ein Ort, der bis heute stark von seiner karpatendeutschen Minderheit geprägt wird. Im Rahmen eines abendlichen Zusammentreffens fand ein Dialog zwischen den deutschen Abgeordneten und Einwohnern des Ortes statt, den die Kinder der Gemeinschaft durch Gesang und den Vortrag von Gedichten auf Hochdeutsch oder in der regionalen Mundart bereicherten.



Foto: Privat

Im Gespräch mit Alicja Kóska von der deutschen Minderheit im polnischen Bielitz-Biala

nem Besuch in dem vom ehemaligen slowakischen Staatspräsidenten Rudolf Schuster eingerichteten Heimatmuseum fand ein Zusammentreffen mit Mitgliedern der karpatendeutschen Minderheit im Gemeindezentrum statt.



Foto: Privat

Besuch bei der deutschen Minderheit im Rathaus von Hoptgarten/Slowakei

Der Karpatendeutsche Verein

beschreibt sich neben der Kulturpflege und der Förderung des muttersprachlichen Unterrichts vor allem der Stärkung der wirtschaftlichen Struktur seiner Mitglieder. So werden über die in Kaschau ansässige "Karpatendeutsche Stiftung" durch Förderung des Bundesministeriums des Innern Kredite an karpatendeutsche Kleinunternehmer vergeben, die auf diese Weise zur Schaffung eines aktiven Mittelstandes im Lande beitragen. Der Besuch eines durch dieses Programm geförderten Mineralwasserbrunnens führte den Erfolg dieser Form der Wirtschaftsförderung deutlich vor Augen. Es existie-

Auch die heute in der polnischen Woiwodschaft Schlesien gelegene historische deutsche Sprachinsel Bielitz-Biala/Bielsko-Biala wurde im Rahmen der Delegationsreise besucht. Ein Zusammentreffen mit Mitgliedern des Deutschen Freundschaftskreises machte deutlich, vor welchen Herausforderungen die deutschen Minderheiten in zahlreichen Regionen Mittelest- und Südosteuropas stehen. Durch eine starke Assimilierung an ihre polnische Umgebung ist die deutsche Sprache gegenüber dem Englischen oder Polnischen in den jüngeren Generationen sehr viel weniger verbreitet. Dieses erschwert die

Erhaltung der sprachlichen Traditionen in diesem Teil des Beskidenlands.

Den Abschluss der Reise bildete der Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz und Auschwitz-Birkenau, wo im ehrenden Gedenken an die Opfer des Holocaust ein Kranz an der sogenannten Todeswand des Stammlagers niedergelegt wurde.



Foto: Privat

Kranzniederlegung im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau

## 70 Jahre nach dem Ende Ostpreußens

### Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte Nordmole in Pillau



Foto: Privat

Kranzniederlegung im Namen der Gruppe auf der Kriegsgräberstätte "Nordmole" des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge am Stand der Ostsee nahe Pillau/Baltiysk

Mit der Seestadt Pillau/Baltiysk gelang der Roten Armee in der Nacht vom 24. auf den 25. April 1945 die Einnahme der letzten Stadt Ostpreußens. Zum Gedenken an diesen Jahrestag, die Opfer des Zweiten Weltkriegs und an die Flucht und Vertreibung der Deutschen legte Klaus Brähmig gemeinsam mit dem deutschen Generalkonsul in Königsberg/Kaliningrad einen Kranz auf der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge betreuten Kriegsgräberstätte "Nordmole" nieder. Diese Geste galt symbolisch auch den anderen Herkunftsgebieten des historischen deutschen Ostens. Durch die Evakuierungen über See im Rahmen der "Operation Hannibal" war Pillau für viele Ostpreußen zu dem Ort geworden, an dem für sie die Flucht in den Westen gelang.

Neben der Erinnerung an die Zeit von vor 70 Jahren ging es bei diesem Be-



Foto: Privat

Klaus Brähmig im Gespräch mit der Kulturministerin der Kaliningrader Oblast, Svetlana Kondratjewa, und dem deutschen Generalkonsul Rolf-Friedrich Krause in Königsberg/Kaliningrad

such im nördlichen Ostpreußen auch um die Pflege und weitere Vertiefung der deutsch-russischen Zusammen-

arbeit. In einem Gespräch mit der Kulturministerin der Kaliningrader Oblast und Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses der Gebietsduma ging es um Fragen der Kooperation in kulturellen Fragen sowie der Zusammenarbeit zur touristischen Entwicklung des Kaliningrader Gebiets. Mit seiner landschaftlichen Schönheit und seiner historischen Bedeutung bietet das nördliche Ostpreußen heute noch zahlreiches ungenutztes Potential für einen Ausbau des Fremdenverkehrs. Im Gespräch wurde unter anderem die Erstellung eines Tourismusleitbildes für die Region angeregt.

Beim Besuch des früheren Kreises Labiau wurde die auch durch Unterstützung der Landsmannschaft Ostpreußen renovierte Kirche von Groß Legitten und das in privater Trägerschaft betriebene Museum "Alte deutsche Dorfschule" in Kelladen/Waldwinkel besucht. Inhaberin Inessa Natalitsch hat dort in bewundernswerter Arbeit historische Schulgegenstände aus deutscher Zeit zusammengetragen und informiert russische Schulklassen über den dörflichen Unterricht in Ostpreußen zu deutscher Zeit. Bei ihren Besuchen zeigen die russischen Schüler größtes Interesse an diesem Teil der Geschichte ihrer Region.



Foto: Privat

Besuch des Museums "Alte deutsche Schule" Waldwinkel mit Eigentümerin Inessa Natalitsch

# Neujahrsgespräch des Hessischen Ministerpräsidenten mit den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften

## Ministerpräsident Volker Bouffier und Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf diskutierten mit Spitzenvertretern

Foto: © Hessische Staatskanzlei



Neujahrsgespräch in der Hessischen Staatskanzlei

„Die Arbeit und Anliegen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler bleiben weiter Verpflichtung der Hessischen Landesregierung. Darauf können Sie sich verlassen.“ Diese zentrale Aussage hob Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier im Rahmen des traditionellen Neujahrsgesprächs mit rund 50 Vertretern und Vertreterinnen des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Landsmannschaften gleich in seinem Eröffnungswort hervor. Im Jahr 1999 begründete Ministerpräsident Roland Koch die Tradition eines jährlich stattfindenden Neujahrsgesprächs. Der Koalitionsvertrag spricht sowohl der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler wie dem Landesvertriebenenbeirat eine Bestandsgarantie aus. Auch wenn die Erlebnisgeneration weniger wird, bleiben die Themen wichtig. Sie müssen weitergegeben werden. Darüber sind wir uns in der neuen Landesregierung einig. Auf Seiten der Landsmannschaften waren u.a. der Landesvorsitzende des BdV Hessen, Siegbert Ortmann, der Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung und gleichzeitig stellvertretende Bundesvorsitzende des BdV Deutschland, Reinfried Vogler anwesend, sowie für die hessischen Patenlandsmannschaften der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Dr. Martin Sprungala, und der Landesvorsitzende der Deutsch-Baltischen Gesellschaft Hes-

sen, Jürgen von Boetticher. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland wurde durch den Landesvorsitzenden Johann Thießen und weitere Spitzenvertreterinnen repräsentiert. Bouffier hob den 2014 erstmalig durchgeführten „Landesgedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ hervor, der nun jährlich mit dem „Tag der Heimat“ des BdV Hessen am zweiten Septembersonntag begangen werde. Er lud zudem bereits ein, am 30. Mai beim „Tag der Vertriebenen“ im Rahmen des Hessentages in Hofgeismar teilzunehmen. Abschließend dankte der Ministerpräsident den Anwesenden für ihre ehrenamtliche Arbeit und das Vertrauensverhältnis zwischen Land und Verbänden. BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann sprach im Anschluss ein Grußwort und führte danach durch die ausführliche Diskussionsrunde. Im Namen aller Mitgliedsverbände dankte er dem Ministerpräsidenten für die Einladung zum traditionellen Gedankenaustausch und die verlässliche Förderung seitens der Landesregierung: „Wir Vertriebenen und Aussiedler sehen in der Einladung eine Hervorhebung als gesellschaftliche Gruppe, als besonderer Gesprächspartner der Landesregierung. Wir bringen uns auch künftig in Hessen ein, zum Beispiel in die aktuelle Diskussion über die Flüchtlinge und Hilfesuchenden, die in unser Land kommen. Wir kennen diese Not aus eigener Erfahrung und wollen uns vor diesem Hintergrund gemeinsam dafür einsetzen, diese Menschen hier willkommen zu heißen.“

Ortmann dankte der Landesregierung für die weitere verlässliche ideelle und finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Verbands- und Kulturarbeit. Ferner lud er den Ministerpräsidenten und die Mitglieder der Landesregierung ein, gemeinsam mit Vertretern des BdV und der Landsmannschaften Reisen in die Herkunftsgebiete der Heimatvertriebenen und Aussiedler zu unternehmen. Der stellvertretende BdV-Landesvorsitzende Manfred Hüber erinnerte an die Diskussion aus den Vorjahren zum Stand der besseren Einbindung der Themen Flucht, Vertreibung und Spätaussiedlung in hessischen Schulbüchern.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf stellte in diesem Zusammenhang fest, dass sie die Digitalisierung von geeigneten Unterrichtsmaterialien zur Belebung des Geschichtsunterrichts für außerordentlich wichtig und für eine dringend zu bearbeitende Aufgabe halte. Ziel müsse es sein, den Schulen schnell verfügbares, verständliches und nicht zu umfangreiches Unterrichtsmaterial zu Flucht und Vertreibung von Deutschen nach dem II. Weltkrieg bereit zu stellen. Zudem solle die Einbindung von Vertriebenen als Zeitzeugen an Schulen stärker beworben werden. Zum Ende des Neujahrsgesprächs riefen Ministerpräsident Bouffier und Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf dazu auf, Werbung für den diesjährigen dritten Hessischen Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ zu machen. Ein-sendeschluss sei der 15. März. Die Preisverleihung werde im Rahmen des Hessentages am 30. Mai 2015 in Hofgeismar stattfinden. Alle notwendigen Unterlagen finden sich unter [www.Vertriebenenbeauftragte.Hessen.de / Landespreis](http://www.Vertriebenenbeauftragte.Hessen.de/Landespreis).



## Sauer: Vertriebene verlieren verdienten Mitstreiter Bundesminister a. D. Heinrich Windelen (CDU) mit 93 Jahren verstorben



Foto: Steven Rößler

Helmut Sauer

schon Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – Helmut Sauer (Salzgitter):

"In der Nacht zum 16. Februar 2015 ist unser langjähriger enger Mitstreiter, mein schlesischer Landsmann und guter Freund, Heinrich Windelen, im Alter von 93 Jahren verstorben. Geboren 1921 im schlesischen Bolkenhain, wurde seine Familie nach dem Zweiten Weltkrieg nach Warendorf vertrieben, wo er schon

Zum Tode des ehemaligen Bundesvertriebenenministers Dr. h.c. Heinrich Windelen (CDU) erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen

schon Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – Helmut Sauer (Salzgitter):

1946 der CDU beitrug. In seinen fast sieben Jahrzehnten treuer Mitgliedschaft und aktiven Einsatzes lagen ihm aus eigener Schicksalsverbundenheit die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge am Herzen. Für diese konnte er in seinen 33 Jahren als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter des Kreises Warendorf – als Bundesvertriebenenminister, als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, als Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, als Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen sowie als Bundestagsvizepräsident – politisch viel bewegen.

Windelen war ein ehrlicher, engagierter und hochangesehener Politiker, dessen Wirken zeigte, dass Heimatrecht und Verständigungswille sich nicht ausschließen. Er setzte sich in der Bundesrepublik Deutsch-

land, in seiner schlesischen Heimat vor Ort und in Warschau aktiv für eine Aussöhnung mit Polen ein. Zwischen 1991 und 1995 war er als Co-Vorsitzender der

„Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit“ tätig. Es ist bezeichnend, dass er sowohl in seinem neuen Zuhause Warendorf als auch in seiner Geburtsheimat Bolkenhain/Bolków als Ehrenbürger ausgezeichnet wurde.

Die Vertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler in der OMV trauern um einen verdienten Parlamentarier, auf dessen Lebenswerk sie mit Hochachtung blicken. Sein Engagement bleibt beispielhaft für viele Landsleute."



Foto: Deutscher Bundestag/Siomifoto

Heinrich Windelen

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)

Fraktion direkt

[www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)



[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/cducusub](http://twitter.com/cducusub)